



## Grenzen dicht: Die Angst vor dem Kontrollverlust

Schlimmer geht immer: Die Balkanroute ist abgeriegelt, Europa schottet sich noch effektiver ab. Die Zahl der Menschen, die es bis nach Deutschland schaffen, hat abgenommen – das Massensterben im Mittelmeer geht weiter. Die Zustände in den hiesigen Massenunterkünften sind weiter dramatisch.

Schwerpunkt dieser Ausgabe ist das Thema Flucht nach Deutschland und Europa. Wir beleuchten, wie Flucht und Migration medial und politisch als Krise verarbeitet und denormalisiert werden. Hans Uske und Ursula Kreft analysieren die derzeitigen Normalisierungsversuche der deutschen Politik. Mit Blick auf die rassistische Instrumentalisierung der Silvester-Ereignisse plädiert Isolde Aigner für einen neuen solidarischen Feminismus in der Einwanderungsgesellschaft. Und Jürgen Link bringt transnormalistische Alternativen ins Spiel.

Außerdem in dieser Ausgabe: Helmut Kellerhohn kommentiert das AfD-Parteiprogramm und analysiert die völkisch-nationalistischen Implikationen. Ismail Küpeli schreibt über den Krieg in der Türkei und die Rolle Deutschlands. Und: Böhmermann zwischen hate speech und Satire – Jobst Paul nimmt den Fall unter die Lupe.

### Aus dem Inhalt

Die Normalisierung der „Flüchtlingskrise“

Massenflucht zwischen Denormalisierung, Normalisierung und transnormalistischen Alternativen

Die Silvester-Ereignisse im Kontext von Postfeminismus

Der Fluchtdiskurs 2015/16 in den Medien

Der Krieg in der Türkei und die Rolle Deutschlands

Böhmermann zwischen hatespeech und Satire

Das AfD-Grundsatzprogramm

Entfremdung: Renaissance eines Begriffs

### Impressum

DISS-Journal, hg. vom Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS)  
Siegstr. 15, 47051 Duisburg  
Tel.: 0203/20249  
Fax: 0203/287881  
info@diss-duisburg.de  
www.diss-duisburg.de  
Blog: www.disskursiv.de

Redaktion:  
Robin Heun, Margarete Jäger, Siegfried Jäger, Helmut Kellerhohn, Jobst Paul, Rolf van Raden, Hans Uske, Maren Wenzel

Layout und Satz: Hans Uske, Rolf van Raden, Maren Wenzel

Schutzgebühr: 4 EUR  
kostenfrei für Mitglieder des DISS-Förderkreises

# Grenzen ziehen ohne Obergrenze. Die Normalisierung der „Flüchtlingskrise“

Von Ursula Kreyt und Hans Uske

**Manche Begriffe haben eine kurze Halbwertszeit. Kaum jemand redet zurzeit noch von der „Obergrenze“, die 2015 existentiell wichtig war und gefühlte tausend Mal in Talkshows und Kommentaren diskutiert, bestimmt, verworfen und problematisiert wurde. Lebendig geblieben ist dagegen die „Flüchtlingskrise“, obwohl zurzeit nur noch wenige Flüchtlinge deutschen Boden erreichen. Was ist passiert? Und wird jetzt alles wieder normal?**

## **„Flüchtlingskrise“: Die De-Normalisierung der Asylpolitik seit Sommer 2015**

In Rückblicken auf den Sommer 2015 dominierten Anfang 2016 diskursive Ereignisse vom Typ des „Sommermärchens“ mit der Willkommenskultur der ehrenamtlichen Unterstützer/innen und Varianten der Parole „Wir schaffen das“. Die Ereignisse im Sommer 2015 waren aber auch der Beginn der De-Normalisierung der damals praktizierten Asylpolitik. Die Zahlen der Asylsuchenden waren zwar schon in der ersten Hälfte 2015 deutlich gestiegen, aber zunächst wurde die Situation in den Medien als „normal“ dargestellt, das heißt: Der Zuzug bewegte sich noch im Rahmen jener Grenzen, die 1993 durch den „Asylkompromiss“ gezogen worden waren. Einige Kommentare aus Politik, Verwaltung und Medien signalisierten aber schon im Sommer 2015, dass die allgemein akzeptierte Grenzziehung durch die „Dublin-Vereinbarungen“ – Asylsuchende bleiben in dem Land, in dem sie die EU zuerst betreten haben – nicht mehr funktionierte. Dadurch schien auch das „Schengen-Abkommen“ – Abschaffung der Grenzkontrollen an den Binnengrenzen – seine Funktion in der Balance von „Offenheit“ und „Geschlossenheit“ nicht mehr zu erfüllen.

Die Zahlen der Asylsuchenden stiegen im Laufe des Sommers 2015 an. Durch immer wieder nach oben korrigierte Prognosen und durch Bilder von wandernden Gruppen, die sich zu langen Menschen-schlangen formiert hatten, entstand bald der Eindruck eines exponentiellen, also potentiell unbegrenzten Wachstums der Asyl-Kurve. In den Medien wurden parallel zu den steigenden Zahlen Geschichten von Pro und Contra präsentiert: einerseits

Pegida, Hogsä, Anschläge auf Wohnheime, andererseits freundliche Frauen mit Blumen am Bahnhof, die Verteilung von Brot und Tee, dankbare Flüchtlinge weinen vor Erleichterung. Ikonen entstanden, darunter der kleine Alan Kurdi, einsam und tot am Strand. Der Spiegel produzierte ein doppeltes Titelbild: Das dunkle Deutschland (rechte Krawallmacher) und das helle (helfende Menschen) standen sich gegenüber. Der Bundespräsident warnte vor „Dunkeldeutschland“. Auch die Bild-Zeitung machte mit und hatte ein Herz für Flüchtlinge. In den Medien wurde berichtet, das Ausland bewundere uns. Deutschland habe die Ehre der EU gerettet. Trotz der Nazi-Vergangenheit: „Wir“ waren anscheinend Weltmeister in Nächstenliebe und durften uns darin sonnen. Die Flüchtlinge hereinzulassen war unter diesen diskursiven Umständen tatsächlich „alternativlos“.

Gleichzeitig wurden damit aber auch Diskurselemente aktiviert, die den „Alarm“ ausriefen und vor einer De-Normalisierung der Asylpolitik warnten. Immer mehr alarmierende Daten wurden verbreitet: Kommunen meldeten, sie wüssten nicht mehr, wie sie die Massen unterbringen sollten, Sportvereine und Schulen müssten ihre Turnhallen abgeben, Ehrenamtliche stünden vor dem Burnout. Die Zahlen wüchsen derart dramatisch, dass ein großer Teil der Ankömmlinge nicht mehr korrekt registriert werden könne. Schon damals wurde diskutiert, ob sich Terroristen im Schutz der nicht registrierten Massen einschleichen könnten. Die Alarmdaten sagten: Wir haben die Kontrolle verloren. Das exponentielle

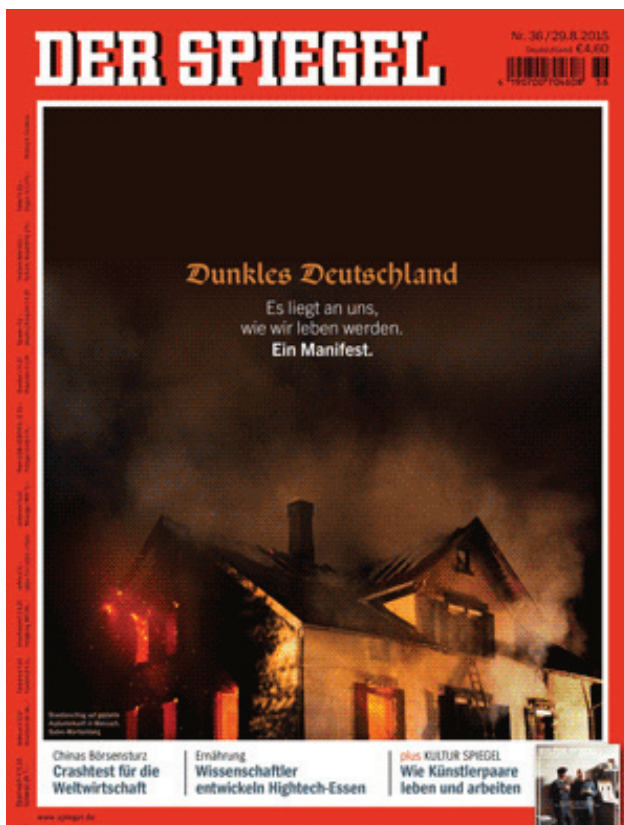
Wachstum signalisierte eine potentiell unkontrollierbare Dynamik, ein mögliches „Überschappen“ ins Chaos. Andere EU-Länder weigerten sich, „Dublin“ wieder einzuführen oder zumindest Kontingente zu akzeptieren. „Wir“ standen nun allein da. „Wir“ wurden im Stich gelassen, obwohl wir uns so bemüht hatten.

Die Forderung nach einer „Obergrenze“ wurde zwar mehrheitlich abgelehnt, regte aber nun auch die Ablehnenden dazu an, darüber nachzudenken, wie man sicherstellen könne, dass trotz fehlender Obergrenze Grenzen gesetzt werden könnten, wenn man es wolle oder müsse. Der Begriff „Flüchtlingskrise“ wurde schon im Herbst 2015 so breit akzeptiert, dass sogar Unterstützer/innen von Flüchtlingen ihn ohne Bedenken als wahre Beschreibung der Lage verwenden konnten. Die „Krise“ war medial und politisch verkündet und akzeptiert worden und musste nun auch bewältigt werden.

Mehrere Optionen zur Bewältigung wurden in den Medien diskutiert: schnellere Abschiebung abgelehnter Asylbewerber, Vermehrung der sicheren Herkunftsländer, ein Deal mit der Türkei, bessere Überwachung der europäischen Außengrenzen, effektivere Verfolgung und Bestrafung der „Schlepperbanden“, weniger Geld oder nur Naturalien für Flüchtlinge etc. Merkel verlor und Seehofer gewann allmählich an Beliebtheit im Spiegel-Ranking. In der SPD wusste man nicht so recht, wie man sich verhalten sollte. Dann kam die Silvesternacht von Köln. Sex and Crime and Refugees. Die perfekte mediale Mischung.

Nach der Konfrontation zwischen „hellem“ und „dunklem“ Deutschland wurde durch „Silvester in Köln“ ein Fixpunkt für einen möglichen Konsens gefunden: Das Bild der fremden Männer, die in Gruppen Frauen belästigen, vergewaltigen, bestehlen – und die Polizei hat komplett die Kontrolle verloren. Der anhand der Flüchtlingszahlen konstruierte Kontrollverlust konnte nun auch durch Bilder und exemplarische Geschichten veranschaulicht und mit tradierten Elementen





Doppeltes SPIEGEL-Titelbild im August 2015

(„schwarze Hände packen weiße Frau“ im Focus-Titel) verbunden werden. Die Medien meldeten, derartige Scheußlichkeiten seien hierzulande bisher unbekannt gewesen. Aber im „arabischen Raum“ sei dies üblich. Mit den Flüchtlingsmassen waren anscheinend unkontrollierbare „arabische“ Bedrohungen eingewandert. Und der Spiegel titelte zu Recht „Auf der Kippe“.

### Grenzen ziehen ohne Obergrenzen

Jürgen Link unterscheidet in seiner Normalismustheorie zwischen flexiblem Normalismus und Protonormalismus. Sobald im flexiblen Normalismus die Daten signalisieren, dass die Entwicklung in einem Bereich zum chaotischen „Überschwappen“ tendiert, Kurven „aus dem Ruder laufen“ könnten, Kontrollverlust droht und die Kollektivsymbolik Denormalisierungsalarm auslöst, werden protonormalistische Elemente aus dem Fundus hervorgeholt. Flexibles Handeln wird als unverantwortliches „Laissez Faire“ begarwöhnt, das dem Zusammenbruch aller Regeln Vorschub leistet. Die Einführung starrer Grenzen mit „zero tolerance“ wird als Lösung der Krise und als Rückkehr zur Normalität präsentiert. Die Medien

inszenieren die Suche nach „angemessener Normalität“ als Debatte mit Pro und Contra. Was ist zu viel? Was ist zu wenig?

Wenn aber in der „Flüchtlingskrise“ starre Obergrenzen nicht gewollt bzw. nur zu einem zu hohen Preis zu haben sind, müssen an anderer Stelle darauf bezogene protonormalistische Grenzen gesetzt werden. Damit wird kollektivsymbolisch ein Gegengewicht erzeugt, das den Menschen die Gewissheit vermittelt, dass alles in einigermaßen normalen Bahnen weiterläuft. Dieser Mechanismus war schon seit dem Sommer 2015 zu beobachten. Er hat seit „Silvester in Köln“ eine neue Dynamik erhalten. Denn die feste Obergrenze kann zwar gefordert, aber weiterhin weder exakt bestimmt noch in der Praxis durchgesetzt werden. Man weiß nicht, welche neuen Wege die Flüchtlinge benutzen werden. Man kann allenfalls darüber nachdenken, in der Zukunft flexible Zielvereinbarungen einzuführen, also die Zahlen der in Deutschland aufgenommenen Flüchtlinge floaten zu lassen. Dies setzt aber voraus, dass die Nachbarländer mitmachen beim Floating der Flüchtlinge. Diese Lösung war bisher nicht durchsetzbar.

Eine physische Mauer rund um Deutschland ist zurzeit weder kollektivsymbolisch noch praktisch realisierbar.

Strikte Kontrollen an den Grenzübergängen wären machbar, aber nur begrenzt wirksam, da sie die „Schlepperbanden“ dazu motivieren, die Preise zu erhöhen und innovative Wege zu finden, um Menschen über die grüne Grenze zu bringen. Großbritannien hat den Kanal, Schweden den Skagerrak als mögliche Barriere. Deutschland ist auf Grund seiner Geografie ein tendenziell „offenes“ Transitland und ein Gefangener seiner Prosperität, die für viele Menschen, die wegen akuter Lebensgefahr, aus Verzweiflung oder hoffnungsvoll eine neue Heimat suchen, attraktiv wirkt. Wer will schon nach Rumänien oder Griechenland, wenn er im Internet deren wirtschaftliche Situation recherchiert hat?

Die deutsche Wirtschaft ist es dann auch, die Finanzminister Schäuble mahnen lässt: Bloß keine Grenzziehungen in Europa. Die negativen Folgen für Wirtschaft und Arbeitsplätze wären enorm. Die Obergrenze funktioniert nicht, „weil wir ja in Wahrheit angesichts des Wahnsinns in der Welt keine genauen Zahlen kalkulieren können“, sagt Sigmar Gabriel. Wenn die Deutschen ihre Identität als „Exportweltmeister“ im Rahmen der Globalisierung erhalten wollen, sind sie auf einen reibungslosen Kontakt mit dieser

wahnsinnig gewordenen Welt angewiesen. Der Versuch, die „Flüchtlingskrise“ über allgemeine strikte Grenzkontrollen in ganz Europa zu normalisieren, hätte wahrscheinlich de-normalisierende Folgen für die deutsche Wirtschaft. Der Dax könnte einbrechen, die europäische und die deutsche Wirtschaft könnten Schaden nehmen. Die Arbeitslosenzahlen in Deutschland könnten steigen. Die „Flüchtlingskrise“ muss auf andere Weise bewältigt werden. Und sie wird wahrscheinlich auf andere Weise bewältigt.

### Perspektiven der Normalisierung

Sechs miteinander verbundene Wege zur Normalisierung zeichnen sich zurzeit ab:

1. Eine „Sicherung der Außengrenzen“ zu Wasser und zu Lande gilt als akzeptabel, aber eben keine Mauern rund um Deutschland, die durch eine starre Obergrenze errichtet würden. Es gibt zurzeit allenfalls punktuelle symbolische Grenzkontrollen an deutschen Grenzen. Im Wesentlichen werden die Grenzen aber an der Peripherie, auf dem Balkan und an den EU-Außengrenzen, dichtgemacht. Obergrenzen lassen sich damit zwar nicht herstellen – die Berichte über „Schlupflöcher“ vermehren sich bereits. Aber eine deutliche Verlangsamung des Zuzugs ist durchaus möglich. Dadurch entstehen zwar hässliche Bilder vom Elend im Lager und vom Tod im Meer, aber als deren Versacher gelten die „Schlepper“. Außerdem signalisieren die Bilder den Flüchtlingen: Versucht es erst gar nicht. Ihr sucht Rettung, hier gibt es sie nicht.

2. „Dublin“ brachte für Deutschland den Vorteil, dass kaum ein Asylbewerber noch legal nach Deutschland einreisen konnte. Das Problem war ausgelagert worden zu den Schengen-Grenzländern, vor allem nach Südeuropa. Seitdem „Dublin“ nicht mehr reibungslos funktioniert, wird die Pufferzone weiter nach außen verlagert, indem man die Kriterien für „Sicherheit“ flexibilisiert. Mit Marokko, Algerien und Tunesien wird verhandelt, damit der Maghreb als sichere Herkunftsregion gilt. In Afghanistan und Libyen wird zwar gekämpft, aber in einigen Teilregionen soll es, wie man hört, doch nicht so schlimm sein, so dass Flüchtlinge auch dorthin zurückgeschickt werden könnten. Sogar mit dem Sudan hat die EU entsprechende Verhandlungen aufgenommen. Bald könnte

ganz Afrika zum sicheren Herkunftskontinent ernannt werden. Die Behörden wären dann nicht gezwungen, alle Afrikaner/innen zurückzuschicken, aber sie könnten dies ohne juristische Probleme tun, falls „zu viele“ kommen oder wenn bestimmte Gruppen diskursiv als Bedrohung (aktuell: Männer aus dem Maghreb) markiert sind. Die Flüchtlingszahlen aus Afrika könnten nach Bedarf floaten, das Recht auf Asyl aber weiterhin propagiert werden.

3. Eine Verschärfung der Asylpolitik und eine Effektivierung ihrer Instrumente werden breit diskutiert und entsprechend in „Asylpaketen“ umgesetzt. Dazu gehören eine schnellere Ablehnung von Asylanträgen und schnellere Abschiebungen in die bereits erwähnten erweiterten „sicheren Herkunftsländer“, Abschiebung auch bei geringfügiger Kriminalität, Geldkürzungen, „Residenzpflicht“ zur Vermeidung so genannter „Ghettobildung“, Einschränkung des Familiennachzugs, Einsatz der Bundeswehr etc. Alle diese Maßnahmen sind quantifizierbare Grenzziehungen, die statistisch als Erfolge verbucht werden können. Allerdings kollidieren einige dieser Vorschläge mit der vierten Maßnahme.

4. Als vierte Maßnahme wird eine Intensivierung der Integrationspolitik diskutiert. Es gibt in Deutschland zurzeit kaum ein Ministerium im Bund und in den Ländern, das darauf verzichten könnte, Programme zur Integration anzukündigen oder auszuschreiben, insbesondere Arbeitsmarktprogramme, Bildungsprogramme, Wohnungsbauprogramme. Eine als „gelingen“ bewertete Integration könnte tatsächlich dazu beitragen, die Flüchtlingszahl kollektivsymbolisch zu normalisieren. Die Vorstellung, dass die frühere Integrationspolitik bei den Gastarbeitern und ihren Kindern und Enkeln versagt habe, gehört inzwischen zu den breit akzeptierten Erklärungsmustern für diverse Problemlagen. Das Erklärungsmuster interpretiert ausgewählte Statistiken (z. B. niedrigere Schulabschlüsse, überdurchschnittlicher Bezug von Hartz 4, Segregation von Wohngebieten) als „Alarmzeichen“ einer gescheiterten Integration der „Menschen mit Migrationshintergrund“. Es seien problematische „Parallelgesellschaften“ entstanden, die (sofern sie nicht nach rassistischen Mustern erklärt werden) einer mangelhaften Integrationspolitik zur Last gelegt werden. Eine intensivierte Integrationspolitik ver-

spricht, dem Flüchtling das Fremdartig-Bedrohliche zu nehmen, einen Teil von ihm ins „Wir“ zu integrieren und damit auch die hohe Zahl der Fremden zu relativieren. Allerdings passen manche Instrumente der anderen Maßnahmen nicht zu dieser Vorstellung. Die vorgeschlagene „Residenzpflicht“ auch für anerkannte Flüchtlinge, passt ganz und gar nicht zur Forderung nach einer schnellen Arbeitsmarktintegration. Die Arbeitsvermittlung fordert alle Arbeitslosen zur „Mobilität“ auf: Die Bereitschaft zur Umsiedlung gilt als Beweis der Integrationsbereitschaft in den Arbeitsmarkt. Wer sich weigert, muss schlimmstenfalls Sperrzeiten in Kauf nehmen. Ausgerechnet für anerkannte Flüchtlinge mit Bleiberecht könnte das nun nicht gelten. Die geforderte Eindämmung des Familiennachzugs wiederum reduziert zwar die Zahl der Flüchtlinge, hält aber ausgerechnet die als weniger bedrohlich geltenden Frauen und Kinder fern. Um die Kontrolle über die Flüchtlingszahlen zu behalten, so der SPD-Vorsitzende Gabriel, „muss die Regel gelten: Frauen, Kinder und Familien zuerst“. Wer den Familiennachzug einschränkt, behindert die Familienbildung, die auf Grund des deutschen Familialismus erwünscht ist, weil sie als pazifizierend und integrierend gilt. Ein Zuwenig an Flüchtlingsmüttern fördert das Bild eines Zuviel an alleinstehenden jungen Flüchtlingsmännern, die spätestens seit Silvester als „sexuell frustriert“ oder als sexuell aggressiv und übergriffig markiert sind.

5. Zur Vermeidung der Obergrenze gehört auch, einige Flüchtlinge „geordnet“ und „geregelt“ ins Land zu lassen. Hält der Deal mit der Türkei, dann könnte sich die Flüchtlingsidylle ähnlich wiederholen, wie sie im Frühjahr medial inszeniert wurde. Einige ausgewählte (!) Familien (!) aus Flüchtlingslagern der Türkei wurden geordnet (!) nach Deutschland eingeflogen und in Friedland (!), dem symbolisch hoch akzeptierten Auffanglager für „echte“ Verfolgte aus dem kalten Krieg, registriert (!). Normaler und kollektivsymbolisch positiver könnte die Einreise kaum ablaufen. Allerdings tauchten in der Debatte gleich drei Probleme auf: Erstens wurde Deutschland angeblich abhängig von der Politik Erdogans, was als Zeichen von „Schwäche“ gilt und nicht gut vermittelbar ist. Zweitens könnte die ausgehandelte Aufhebung der Visapflicht dazu beitragen, dass Kurden und andere



Oppositionelle als Asylbewerber per Flugzeug deutschen Boden erreichen. Laut „Dublin“ wären sie dann legal antragsberechtigt. Drittens wurde bereits darüber berichtet, dass die Türken nicht die gewünschten Ärzte und Facharbeiter aus den Lagern lassen, sondern nur Kranke und Traumatisierte. Diese Vermischung von „Asyl“ und „Einwanderung“ verweist auf die Bedeutung der „Integration“ als Instrument der Normalisierung. Eine utilitaristische Trennung in „Nützliche“ und „nicht Nützliche“ bestimmt implizit fast alle Debatten zur Integration von Flüchtlingen.

6. Auch Grenzziehungen gegenüber anderen Ausländergruppen können zur Normalisierung der „Flüchtlingskrise“ beitragen. Die Vorschläge von Premierminister Cameron im Vorfeld des Brexit, EU-Ausländern mehrere Jahre lang keine Sozialhilfe mehr zu gewähren, verstoßen zwar gegen die bisher hochgehaltene Freizügigkeit in Europa. Sie wurden aber den Briten bereitwillig zugestanden, nicht nur um den Partner in der EU zu halten. Auch wenn die Briten gehen, die Regelung wird sich wohl EU-weit auf Dauer durchsetzen. Deutschland kann auf diese Weise einen Teil der Roma aus Rumänien und Bulgarien zur Rückkehr zwingen oder den weiteren Zuzug verringern. Diese Folgen sind statistisch gut erfassbar und können auf

der symbolischen Ebene als Ausgleich für steigende Flüchtlingszahlen präsentiert werden. Wir tauschen die als „Sozialschmarotzer“ markierten Armen vom Balkan gegen syrische Flüchtlinge, die im Diskurs als arbeitswillige und integrationsfähige Facharbeiter und Akademiker verortet werden. Zur Zeit jedenfalls.

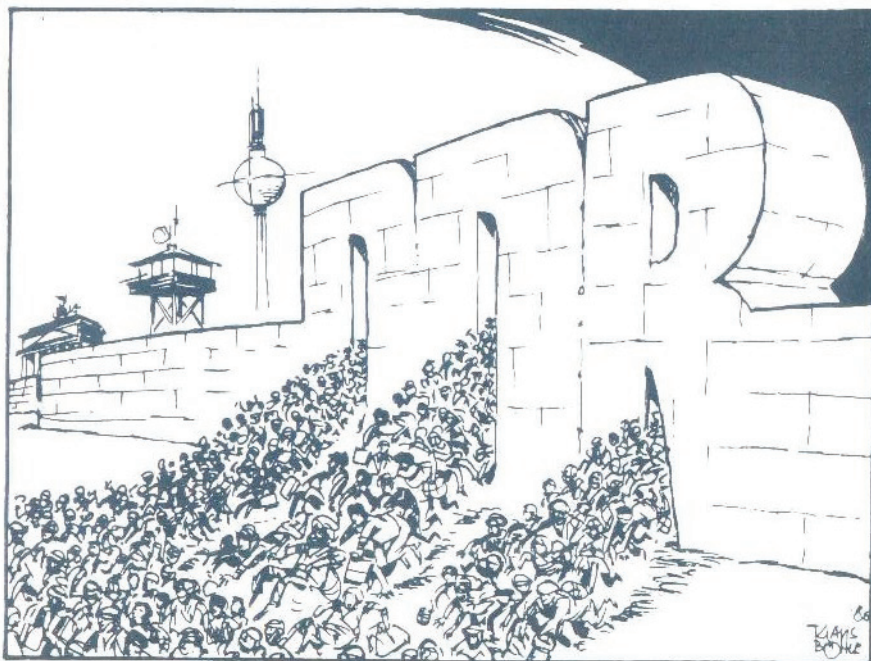
### Einige Schlussfolgerungen

1. Lässt sich mit diesen Maßnahmen die „Flüchtlingskrise“ normalisieren? Für einige, aber nicht für alle Parallelgesellschaften dieser Gesellschaft. Wer der „Lügenpresse“ nicht mehr glaubt, der glaubt auch ihren Statistiken nicht. AfD-Wähler werden die Statistiken von Thilo Sarrazin bevorzugen, der messerscharf beweist, dass die Migranten Deutschland längst in den Untergang getrieben haben. In dieser statistischen Parallelgesellschaft wird auch keine Obergrenze für Zufriedenheit sorgen, weil für AfD- und Pegida-Anhänger längst klar ist, dass die Obergrenze bereits seit Jahren, vielleicht seit Jahrzehnten überschritten wurde. Normal war vorgehern oder vor 30 Jahren oder noch früher. Die Fremden haben längst alles aus dem Lot gebracht. Selbst rigide Grenzkontrollen an den deutschen Grenzen könnten aus der Sicht dieser Diskursposition die Normalität nicht wiederherstellen.

Normalität entstünde aus dieser Sicht allenfalls in der statistisch erfassbaren und öffentlich sichtbaren Rücknahme der „Überfremdung“ durch öffentliche Massenabschiebungen, landesweite Moscheeverbote und eine deutlich sichtbare institutionalisierte Diskriminierung „abweichender“ Bevölkerungsgruppen.

2. Andererseits ist es aus unserer Sicht erstaunlich, wie sehr die „Flüchtlingskrise“ die Gesellschaft polarisiert hat. Neben allen Ängsten, Anfeindungen und Grenzforderungen hat sich parallel dazu eine Willkommenskultur etabliert, die vielerorts weiter existiert. Das war schon mal anders. Vor 30 Jahren, kurz vor der Gründung des DISS, haben die beiden Autor/innen dieses Artikels sowie Gründungsmitglieder des Instituts eine Broschüre verfasst mit dem Titel „Auf der Flucht. Asyl – ein Lehrstück über Rassismus in der Bundesrepublik“<sup>1</sup>. Damals hatte die DDR kurzzeitig die Mauer für Asylbewerber geöffnet, was in Medien und Politik für „Asylantenströme“, „Asylantenfluten“ und ähnliche Bedrohungsszenarien sorgte. Erst als die Mauer wieder dicht und das „Asylantenloch“ geschlossen war, trat wieder Normalität ein. Auffallend ist, dass damals fast alle Äußerungen in den Medien und der Politik einig waren bei der Forderung, das „Schlupfloch“ in der Mauer zu schließen, und zwar sofort. Auch ein paar Jahre später bei der nächsten „Asylantenflut“ herrschte weitgehend Konsens darüber, dass „das Boot voll ist“ und dass ein „Asylkompromiss“ (faktisch die weitgehende Abschaffung des Asylrechts) das Boot davor bewahren müsse zu kentern. Die Normalität war damals schnell wieder hergestellt.

3. In den letzten 30 Jahren hat sich in einem langen und widersprüchlichen Prozess ein gesellschaftlicher Konsens herausgebildet, bei dem die Feststellung „Deutschland ist kein Einwanderungsland“ langsam durch Integrationsformeln ersetzt wurde. Statt „Ausländerpolitik“ gibt es seit Ende der 90er Jahre „Integrationspolitik“. Zwar wird deren Scheitern immer mal wieder an der einen oder anderen Stelle beklagt, grundsätzlich abgelehnt wird sie aber nur am rechten Rand. Die Debatten kreisen jetzt in der Regel um



Das Asylantenloch

KLAUS BÖHLE

Die Mauer hat ein Loch. Die DDR lässt „Asylantenströme“ zu uns rein. Flüchtlingskrise drei Jahre vor der Maueröffnung. Karikatur aus der FAZ 1986.

1 Devantié, Reiner / Gawel, Christoph/ Jäger, Siegfried / Jäger, Margret / Kreft, Ursula / Uske, Hans: Auf der Flucht. Asyl – ein Lehrstück über Rassismus in der Bundesrepublik, Duisburg, 1986

das „Wie“ der Integration und um die Kriterien des Gelingens. Dürfen die Mädchen Kopftücher tragen? Wie kann man Ghettos verhindern, Jugendliche vor Radikalisierung schützen? Gibt es einen Islam, der zu „Uns“ passt? Könnte Zuwanderung den demografischen Wandel abschwächen? Wie können „Wir“ sicherstellen, dass „die Richtigen“ einwandern? Was geschieht mit den Anderen?

4. Im Zuge dieser Entwicklung haben auch viele Kommunalverwaltungen diesen Paradigmenwechsel mitgemacht. Als wir vor ein paar Jahren zusammen mit der Verwaltung des Kreises Recklinghausen ein Projekt zur interkulturellen Öffnung der Verwaltung durchgeführt haben, waren wir erstaunt, wie offen, interessiert und engagiert viele Beschäftigte aus Stadt- und Kreisverwaltungen an Diskussionen

und einschlägigen Weiterbildungsveranstaltungen teilnahmen.<sup>2</sup> Auch auf die Zunahme der Flüchtlingszahlen im Jahr 2015 haben sich viele Kommunen durchaus rechtzeitig und verantwortungsbewusst vorbereitet. Unterbringung und Betreuung konnten allerdings nur geschafft werden durch eine nicht immer reibungslose Zusammenarbeit mit Verbänden, Trägern, Kirchen, Beratungsstellen, Migrantenorganisationen, Schulen, Vereinen und vielen ehrenamtlich organisierten Unterstützer/innen, also durch Praktiken, die in der Politikwissenschaft unter dem Begriff „Governance“ diskutiert werden.

2 Uske, Hans / Scheitza, Alexander / Düring-Hesse, Suse / Fischer, Sabine: Interkulturelle Öffnung der Verwaltung. Konzepte Probleme Beispiele, Duisburg, Kreis Recklinghausen, Köln, Lünen, Mainz 2015

5. Für eine antirassistische Flüchtlingspolitik bedeutet dies, dass es durchaus auf mehreren Ebenen Ansatzpunkte gibt. Skandalisierungen des Flüchtlingselends an den Zäunen und auf dem Mittelmeer gehören ebenso dazu wie die konkrete Unterstützung von Akteur/innen vor Ort. Viele Integrationsprojekte sind sinnvoll, weil sie einzelnen Menschen handfeste Unterstützung bieten, obwohl alle Maßnahmen auch als Bausteine genutzt werden in der Normalisierungsstrategie zur „Flüchtlingskrise“ und daher politisch angreifbar sind. Und auch der „Kampf um die Köpfe“, die Aufklärung durch Argumente, ist nicht schon deshalb sinnlos, weil viele Menschen dadurch nicht erreichbar sind.

## Rassismus und „Flüchtlingskrise“

Der Verlauf der öffentlichen Debatten über die „Flüchtlingskrise“ zeigt eine Aktivierung und Aktualisierung vorhandener rassistischer Stereotype. Dabei geht es im Wesentlichen nicht um den Hardcore-Rassismus am rechten Rand, der Deutschland arisieren möchte und in jedem fremden Gesicht den zu beseitigenden Feind erblickt. Diesen Rassismus gibt es und wahrscheinlich breitet er sich aktuell aus, befeuert durch diskursive Ereignisse wie Terroranschläge. Aber er ist in Deutschland zurzeit zum Glück nicht hegemonial. Wahrscheinlich wird der Hardcore-Rassismus auch nicht hegemonial werden, wenn die oben geschilderte Normalisierung gelingt. Das ist das Perfide an der Normalisierung im flexiblen Normalismus: Man lernt zu hoffen, dass der „normale“ Alltagsrassismus erhalten bleibt.

Der alltägliche Rassismus ist eingebettet in ein Konglomerat unterschiedlicher Stereotype. Einerseits empört sich der Alltagsrassist über sexhungrige junge Männer aus dem Maghreb oder über Kindergeld abgreifende „Zigeuner“ aus Osteuropa. Andererseits entwickelt er Mitleid und Empathie gegenüber „echten“ Kriegsflüchtlingsfamilien aus Syrien, insbesondere wenn diese durch weinende Mütter und Kinder verkörpert werden, die den Islamisten und den Bomben gerade noch entkommen sind. Flüchtlingsfamilien, die Anpassungsbereitschaft zeigen, werden im Alltagsrassismus akzeptiert. Jeder weiß: Wir brauchen Zuwanderer, aber es müssen die richtigen sein. Sie können ruhig in Richtung Mekka beten, aber bitte nach deutscher Art, am besten in unserer Sprache und ohne Kopftuch. Der Alltagsrassismus hat auch „nette“ Seiten: Für eine ausländische Familie im Mietshaus kann eine korrekte Mülltrennung nach deutscher Sitte schon ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Akzeptanz im Alltagsrassismus sein. Wer Müll trennt, ist schon ein bisschen deutsch.

Die meisten Menschen finden es, anders als vor 30 Jahren, nicht mehr unbedingt bedenklich, dass „Wir“ ein Einwanderungsland sind. Es dürfen nur nicht zu viele und es dürfen nicht die Faltschen sein. Einwanderer sollen keine Probleme bereiten, sondern Lösungen generieren, z.B. bezogen auf den demografischen Wandel, den Fachkräftemangel und die Fußball-Europameisterschaft. Gegen den hart arbeitenden Bäckerlehrling aus dem „sicheren Drittland“ Albanien hat kaum jemand etwas einzuwenden. Seine Abschiebung stößt auf Unverständnis bei der Kundschaft. Zwar ist man protonormalistisch dafür, alle abzuschieben, die kein Recht haben, hier zu sein. Die Abschiebungsquote muss erhöht werden. Aber der Bäckermeister bleibt nun in Folge des Fachkräftemangels ohne Lehrling. Keine Brötchen mehr. Wahrscheinlich muss der Bäcker dichtmachen. Müsste die Behörde in diesem Fall nicht etwas flexibler sein? Solche Stories in den Zeitungen funktionieren immer noch – trotz Silvester in Köln.

Zum Glück haben wir es nicht, wie hin und wieder vermutet wird, mit dem Beginn eines Bürgerkriegs zu tun. Die normalisierenden Praxen werden einen Bürgerkrieg höchstwahrscheinlich verhindern. Für viele Flüchtlinge bedeutet das trotzdem nichts Gutes. Es wird von Seiten der Rechten weitere Anschläge geben, Misshandlungen und vielleicht auch Tote. Viele werden abgeschoben werden. Damit die Genfer Flüchtlingskonvention respektiert wird und die Flüchtlinge aus dem Nahen Osten befristet bleiben können, werden andere noch stärker als bisher unter Druck gesetzt und abtransportiert werden, zuerst jene Menschen aus Afrika und vom West-Balkan, die bereits als „falsche“ Flüchtlinge und damit als „Betrüger“ markiert sind, entweder weil sie kollektiv als „gefährlich“ gelten oder weil sie „nur“ vor unerträglicher Armut und Perspektivlosigkeit fliehen. Pegida und die AfD werden möglicherweise lauter und stärker werden. Für Fremde, Eingewanderte und Flüchtlinge bleibt das Leben in Deutschland ungemütlich – also normal rassistisch.

# Die Massenflucht zwischen Denormalisierung, Normalisierung und transnormalistischen Alternativen

Von Jürgen Link

1.

Zunächst einmal ist die große „Flüchtlingskrise“ von 2015ff. das größte Rätsel des hegemonialen mediopolitischen Diskurses seit 2001. Völlig verschiedene diskursive Erklärungsmuster schwirren durcheinander. Ist diese Krise ein isoliertes Ereignis, das plötzlich vom Himmel schicksalhafter „Fluchtursachen“ über Europa bzw. über „Deutschland“ hereingebrochen ist – so wie 2001 „Nine Eleven“ tatsächlich vom Himmel über die USA kam? Oder war es, wie Schäuble mit ironischem Dementi erklärte, die ungeschickte Skifahrerin Angela, die die „Lawine lostrat“, als sie am 5. September 2015 unter Bruch der „europäischen Hausordnung“ von Dublin und Schengen die deutsche Grenze öffnete? Oder aber ist diese Krise gar nicht isoliert, sondern bloß der Höhepunkt einer „Kette“ von Krisen seit 2007 oder sogar seit 2001, wie es die Begriffe „Krisenschwemme“, „Multikrise“ und „Megakrise“ suggerieren? So erklärte es Angela Merkel selbst am 14. Oktober 2015 in Schkeuditz bei Leipzig, als sie ihre bisherige Kanzlerschaft als eine Zeit von „Krise an Krise“ bezeichnete: von Finanzkrise über Griechenlandkrise und Eurokrise (die sie alle „geschäft“ hätte, wie man sie verstehen sollte).

2.

Worin sich der mediopolitische Diskurs allerdings einig ist, ist die Feststellung eines dramatischen Verlusts an „Normalität“ (gleichbedeutend mit einem Verlust an „Kontrolle“). Das große Ereignis fordert jedenfalls, wie immer es auch erklärt werden mag, eine „Rückkehr zur Normalität“, eine Normalisierung. Als Seehofer in schöner Unbewusstheit erklärte, niemand werde „den Pfropfen wieder auf die Flasche bekommen“, wählte er den passenden orientalischen Mythos vom Flaschengeist für ein Ereignis denormalisierter Massendynamik. Es ist also eine normalismustheoretische Analyse gefragt, und diese muss als erstes feststellen: Ja, es handelt sich um eine Mega-Denormalisierung – das zu leugnen ist lächerlich. Und ja, die Proliferation des deutschen Neorassismus

wurde durch diese Denormalisierung ausgelöst und wird anhalten, wenn die Normalisierung misslingt.

3.

Es gibt ein „klassisches“ Symptom für den Charakter der Massenflucht als Denormalisierung: Das ist der Kollaps der Verdattung. Normalität in modernen Gesellschaften westlichen Typs, die nicht zuletzt verdattete Gesellschaften sind, beruht auf möglichst transparenter statistischer Verdattung von Massen. Und hier nun haben wir es mit einem Ereignis zu tun, dessen verdattende Zahlen auch nach einem Jahr vollständig ungewiss sind. Keine offizielle verdattende Instanz weiß bis heute, wieviele Flüchtlinge zwischen Anfang und Ende 2015 und dann in 2016 nach Deutschland gekommen sind, woher sie kommen, wer sie sind und wo sie sich genau aufhalten – die Zahlen für 2015 schwanken zwischen 700.000 und 1,2 Millionen – sie sind also nicht nur ungenau, sondern völlig wertlos. Der mediopolitische Diskurs skandalisiert einzelne Aspekte wie die Vielfach-Identitäten von „Schnorrern“ oder gar „terroristische Schläfer“. Tatsächlich stehen heute (Juni 2016) oft ganze Auffanglager leer und müssen Zeltstädte schon wieder abgebaut werden. Also lagen auch die Prognosen, ein weiteres notwendiges Disposi-

tiv normalistischer Regierungsweise, total daneben.

4.

Die mediopolitische Klasse stochert also mit der Stange im Nebel der Denormalisierung und mutmaßt aber, dass im Laufe des Jahres 2015 eine Art symbolische Exponentialkurve von Flüchtlingen entstand – deren Normalisierung nach einem bekannten Schema verlaufen muss: Zuerst Nullwachstum herstellen, danach die Spitzenzahl schrittweise „runterfahren“. Genau das ist die Politik der Regierung Merkel-Gabriel. Das Nullwachstum wurde durch die Sperrung der nordgriechischen Grenze erreicht, die ganz offensichtlich mit heimlicher Komplizenschaft Berlins durchgeführt wurde (als ob die Weltmacht Nummer 2 den mehr oder weniger „unregierbaren“ Ministaat Mazedonien nicht hätte zwingen können!). Das schrittweise „Herunterfahren“ soll durch den „Merkelplan“ – Erdogadeal, Umverteilung in Europa, Finanzhilfen für die Lager „vor Ort“ sowie militärische „Stabilisierung“ des mittellöstlichen „Krisenhalbmonds“ – erreicht werden.

5.

Dabei wird das entscheidende Kettenglied verschwiegen: Griechenland als „Hotspot-

---

„Wird also die Normalisierung Erfolg haben? Das ist nicht sicher. Entscheidend wird sein, wie sich die gesamte „Kette“ der Krisen weiter entwickelt. Ob auch die Wirtschaftskrise im Süden sich festfrisst und dann auch nach Norden ‚zurückkommt‘.“

---



Land“ für die gesamte Massenflucht zu „nutzen“. Denn wie kam es zum „Kontrollverlust“? Weil Berlin das erste Halbjahr 2015 damit „verlor“, die zunächst auf Schuldenerlass bestehende Regierung Tsipras 1 mit Einsatz des gesamten erpresserischen Dispositivs von Bankenschließungen und Staatsbankrott in die Knie zu zwingen und ihr Rückgrat in jedem Sinne des Wortes zu brechen. Denn die Massenflucht über die Balkanroute „explodierte“ nicht erst im Sommer, sondern bereits im Frühjahr 2015, und das war Berlin bekannt. Warum kein Medienalarm? Um Tsipras 1 keine „Trümpfe“ in die Hand zu geben, wie sie seither Erdogan weidlich zu nutzen weiß. Noch nach der Kapitulation von Tsipras 1 und seiner Verwandlung in einen willig-vollstreckenden Tsipras 2 hatte Schäuble kein wichtigeres „Anliegen“, als jeden Zusammenhang zwischen Griechenlandkrise und „Flüchtlingskrise“ zu leugnen: Athen dürfe auf keinen Fall wegen der Flüchtlinge einen „Reformerrabatt“ bekommen, ließ er durch seinen Sprecher verkünden.

## 6.

Es braucht den feschen und forschen österreichischen Außenminister Kurz, um Griechenland als entscheidendes Kettenglied der ganzen „Flüchtlingskrise“ zu lokalisieren: Anfang Juni 2016 schlug er für die definitive Normalisierung das „australische Modell“ vor: Weitere Flüchtlinge auf Inseln wie Papua-Neuguinea zu internieren, und er nannte auch gleich das „europäische“ Pendant von Papua: Lesbos. Der größte Teil des deutschen mediopolitischen Diskurses, allen voran die ARD-Tagesschau, verschwieg den Namen „Lesbos“. Denn dieser Name sagt alles: Papua-Neuguinea ist der Musterfall eines Landes der untersten, fünften Normalitätsklasse, dessen Regierung von der Ersten Normalitätsklasse (Ersten Welt) zu allem gezwungen bzw. gekauft werden kann.<sup>1</sup> Kurz setzt Griechenland also zynisch in die fünfte

Normalitätsklasse. Das ist übertrieben, aber richtig ist, dass Schäuble und Merkel Griechenland von der zweiten in die dritte Normalitätsklasse, das heißt in die „obere Dritte Welt“ versenkt haben – durch Massenarbeitslosigkeit sowie weitgehende Wegnahme der normalen Löhne und sozialen Sicherungsnetze. Und dadurch „bietet sich“ das Land nun auch als europäisches Papua zur definitiven „Normalisierung“ der Flüchtlingskrise „an“. Tsipras 2 „muss“ es willig vollstrecken.

## 7.

War das alles von Merkel und Schäuble von Anfang an geplant, wie man fast meinen könnte? Ich denke nein – es ergab sich nach der Formel „jede Krise als Chance nutzen“ als vorübergehend „aus dem Ruder gelaufene“ Folge einer allerdings geplanten GERMROPA-Strategie der Berliner Eliten, das heißt eines Umschwenks von „weicher“ auf „harte“ Hegemoniepolitik.<sup>2</sup> Dazu bot sich eine „linksradikale“ Regierung (Tsipras 1) „ideal“ an: Sie durfte keinen Eurocent mehr „kriegen“ als die korrupten Vorgängerregierungen – im Gegenteil: Sie musste noch viel mehr „bluten“, um jede Hoffnung auf Rettung „von links“ ein für allemal in ganz Europa zu zerschlagen. Wenn schon, dann lieber „Rechtspopulismus“ als „Linkspopulismus“. Deshalb lieber 300.000 Flüchtlinge sich in Ungarn stauen lassen als mit Tsipras 1 auf Augenhöhe zu verhandeln. Daraus folgte dann die Grenzöffnung von 5. September als tatsächlich alternativlos – weil die Alternative gewesen wäre: 300.000 Menschen mit der Bundeswehr zwangsweise nach Griechenland, wohin sie nach Dublin „gehört“ hätten, zu deportieren. Aber für die spätere schrittweise Normalisierung konnte man dann das völlig versenkte Griechenland „schrittweise“ zum europäischen Hotspotland „einrichten“.

## 8.

Aber Merkels Herz? Ebenfalls ein Fall von „aus der Krise eine Chance machen“. Wenn die Denormalisierung schon da war, konnte man sie für GERMROPA dazu nutzen, medial ein moralisches Antlitz für die neue Rolle als Weltmacht Nummer 2 zu zeigen und damit auch Europa auf Linie zu zwingen – und im weiteren Verlauf der geplanten Normalisierung einen Schritt

an globaler Vielfalt nachzuholen (sowie nebenbei wirtschaftlich teils Fachkräfte, teils Billiglöhner, und obendrein einen „Wachstumsschub“ zu gewinnen). Dennoch war das alles ein gewagtes Spiel – es nahm die neorassistische Proliferation in Kauf und auch das Risiko einer Hegemoniespaltung (Seehofer und die „Obergrenze“ – eine normalistische Selbstverständlichkeit, nebenbei gesagt). Es nahm auch eine „antideutsche“ Rebellion in einigen europäischen Ländern in Kauf. Wenn die Normalisierung nicht gelingt, ist das Spiel verloren.

## 9.

Wird also die Normalisierung Erfolg haben? Das ist nicht sicher. Ein großes Risiko der Berliner Politik lag von Anfang an darin, einen faktischen Notstand (Denormalisierung) nicht als solchen zu erklären und die Normalisierung auf der Basis weiterlaufender Normalität „zu Hause“ zu versuchen. „Wir schaffen das“ bedeutete: Wir schaffen das im Rahmen unserer alten Normalität. Das wäre ohne die Benutzung des antirassistischen Potentials in Deutschland und der ehrenamtlichen Helferinnen nicht gegangen. Und jetzt geht es nicht ohne Erdogan (aber auf Kosten Griechenlands). Entscheidend wird sein, wie sich die gesamte „Kette“ der Krisen weiter entwickelt. Ob auch die Wirtschaftskrise im Süden sich festfrisst und dann auch nach Norden „zurückkommt“.

## 10.

Die Massenproteste in Frankreich erklären sozusagen wieder die Hoffnung auf „Rettung von unten“ – ohne die Schranken der „Reformen“ (Zwangsnormalisierungen) zu respektieren. Transnormalistische Bewegungen wären also die wahre Alternative zum GERMROPA-Nationalismus und seinem „rechtspopulistischen“ neorassistischen Zwillingbruder.<sup>3</sup> Die Faustregel „jede Krise als Chance nutzen“ sollte vielleicht nicht nur der Hegemonie überlassen werden.

*Prof. Dr. Jürgen Link ist Herausgeber der kultuRRevolution. Zeitschrift für angewandte Diskurstheorie.*

<sup>3</sup> Im Transnormalismus werden die Grenzen des flexiblen Normalismus überschritten, indem die Normalität so ausdehnt wird, dass sich das, was als normal gilt, auflöst. (Vgl. Jürgen Link, *Normale Krisen? Normalismus und die Krise der Gegenwart*, Konstanz 2013, S. 233ff.)

<sup>1</sup> Den Begriff der Normalitätsklassen habe ich in meinem Buch „Versuch über den Normalismus. Wie Normalität produziert wird“ (Göttingen 2006, 431ff.) herausgearbeitet. Dabei gehe ich davon aus, dass der Grad der normalistischen Penetration in der Welt sehr unterschiedlich ist. Grob gesehen, existieren fünf Normalitätsklassen: 1. und 2. Welt sowie drei Klassen der 3. Welt: obere Schwellenländer, mittlere Durchschnittsländer der 3. Welt schließlich die „least developed countries“ mit ihren „failed states“ und „black holes of governance“.

<sup>2</sup> Der Begriff GERMROPA kann und soll die deutschen Hegemoniebestrebungen innerhalb Europas sichtbar machen.



# Wenn das feministische Potenzial wegzubrechen droht

Die Debatten um die Silvester-Ereignisse im Kontext von Postfeminismus

Von Isolde Aigner

Die Debatten um die Silvester-Ereignisse haben nur wenig emanzipatorisches Potential freigesetzt. Eine sich daran anschließende mögliche und notwendige Auseinandersetzung mit dem Recht auf sexuelle Selbstbestimmung für Frauen gab es kaum. Stattdessen wurde der sich artikulierende Sexismus und die sexualisierte Gewalt rassistisch instrumentalisiert und ins „Außen“ verlagert, in dem sie vor allem Einwanderern und Geflüchteten, also den „Anderen“ zugeschrieben wurde. Die These dieses Artikels ist, dass die Debatten und ihre Auslassungen im Kontext einer von Postfeminismus geprägten Gesellschaft stattfinden. Im Folgenden soll dieser These nachgegangen werden. Dazu soll in einem ersten Schritt kurz skizziert werden, was unter Postfeminismus zu verstehen ist.

## Postfeminismus und die Abwicklung des Feminismus

Die Soziologin Angela McRobbie legte 2010 eine Studie über die gegenwärtige Verhandlung von Feminismus im Kontext neoliberaler Entwicklungen vor.<sup>1</sup> Sie zeigte auf, dass die Gesellschaft von Postfeminismus geprägt ist. Das bedeutet, dass ein neoliberaler Selbst- und Lebensentwurf propagiert wird, der sich vor allem an gebildete, junge Frauen richtet. Ehemals feministische Postulate wie ‚Ermächtigung‘ und ‚Wahlfreiheit‘ werden in Karriere, Planungssicherheit, Leistungsfähigkeit, selbstauferlegte Weiblichkeitsnormen und (vermeintlich) sexuelle Freiheit umgedeutet.

Zugleich wird von den Frauen eine Retraditionalisierung im ‚Privaten‘ eingefordert sowie eine Dankbarkeit für von der hiesigen Gesellschaft gewährte Freiheiten, die im ‚Gegensatz‘ zu der Situation von Frauen in sogenannten ‚rückständigen‘ Kulturen gesetzt werden. Gleichzeitig bleibt den Frauen jedoch eine gleichberechtigte Teilhabe an allen Lebens- und Gesellschaftsbereichen verwehrt. Postfeminismus geht insofern mit einer Abwicklung des Feminismus einher. Denn er suggeriert erstens, dass eine Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen bereits erreicht sei. Deshalb habe ein Feminismus, der Sozialkritik formuliert,

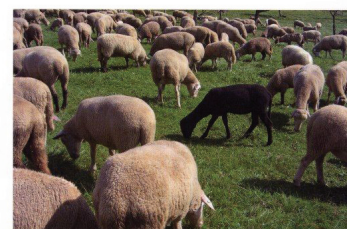
statt nur die Verbesserung der Position von Frauen in einer ansonsten weitgehend unverändert gebliebenen sozialen Ordnung einzufordern, ausgedient. Junge Frauen sollten deshalb im Zuge ihrer erfolgreichen Lebensentwürfe auf feministische Politik verzichten. Auf diese Weise wird Feminismus und feministischen Kämpfen die Schlagkraft genommen. Zweitens geht eine solche Abwicklung des Feminismus mit Prozessen der Desartikulation einher: Für gruppenübergreifende, solidarische, politische Initiativen bestünde keine Notwendigkeit mehr, so dass hier eine „aggressive Demontage gerade jenes Bewusstseins vorangetrieben [wird], das junge Frauen dazu ermutigen würde, eine gemeinsame Stimme zu finden [...]“, so Robbie. Benachteiligte Gruppen, die sich zusammenschließen könnten, rücken so weiter auseinander und machen Bündnisse und Allianzen immer unwahrscheinlicher: „So verschärft beispielsweise die Wahrnehmung junger Frauen in westlichen Kulturen als glückliche Teilhaberrinnen an den sexuellen Freiheiten des Westens den Gegensatz zwischen dieser Gruppe und den Geschlechterordnungen anderer Kulturen, in denen die weibliche Sexualität spezifischen anderen Formen der Überwachung und Kontrolle unterworfen ist“.

## Die Silvesterereignisse im Kontext von Postfeminismus

Während das Wissen um eine Verletzung der sexuellen Selbstbestimmung in der

## Skandal und doch normal

Impulse für eine antirassistische Praxis



Margarete Jäger | Heiko Kauffmann (Hg.)



Margarete Jäger / Heiko Kauffmann (Hg.)

## Skandal und doch normal

Impulse für eine antirassistische Praxis.

edition DISS Bd. 31, 2012 Münster: Un-

rast 253 S., 24 Euro

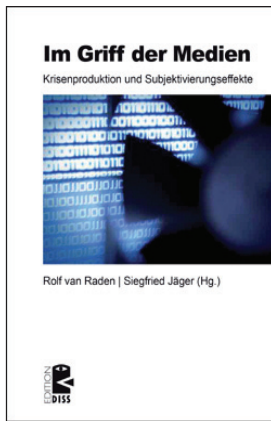
Rassismus ist weiterhin ein drängendes Problem in Deutschland, das das Zusammenleben von Personen unterschiedlicher Herkunft beeinträchtigt oder ganz zerstört. Rassismus schädigt das gesellschaftliche Klima und kann – wie nicht zuletzt die NSU-Morde zeigen – zu Mord und Totschlag führen. Er bewirkt massive Ausgrenzungen und wirft emanzipatorische Konzepte immer wieder weit zurück. Schauplätze sind sowohl institutionelle Ebenen wie auch die Medien und der Alltag.

Um dagegen vorzugehen, hat sich in Deutschland seit den 1980er Jahren eine Rassismusforschung herausgebildet, die versucht, das Wirken ausgrenzender Diskurse zu analysieren und offenzulegen. Damit will diese Forschung all jenen zuarbeiten, die Rassismus und seine destruktiven Kräfte bekämpfen wollen.

Das gemeinsame Anliegen der Autor\_innen ist es, durch die Analyse von Ursachen und Mechanismen herabsetzender Markierungen und stigmatisierender Ausgrenzungen einen geschärften Blick auf dominante rassistische diskursive Verschränkungen und Praxen zu gewinnen.

Mit Beiträgen von Susan Arndt, Thomas Bryant, Sebastian Friedrich, Jessica Heun, Margarete Jäger, Heiko Kauffmann, Karl Kopp, Sara Madjlessi-Roudi, Jobst Paul, Thomas Quehl, Nora Räthzel, Sebastian Reinfeldt, Albert Riedelsheimer, Yasemin Shooman, Regina Wamper und Aram Ziai.

<sup>1</sup> Angela McRobbie (2010): Top Girls. Feminismus und der Aufstieg des neoliberalen Geschlechterregimes. Wiesbaden: VS Verlag



Rolf van Raden / Siegfried Jäger (Hg.)  
**Im Griff der Medien. Krisenproduktion und Subjektivierungseffekte**  
 Edition DISS Bd. 29, Münster: Unrast  
 240 S., 24 Euro

Gegenwärtige Medienkritik thematisiert nicht nur den Einfluss von Medien auf politisch-soziale Diskurse sowie den Einfluss dieser Diskurse auf die Medien. Das, was in Medien gesagt werden kann, spielt eine wichtige Rolle für das Wissen der Menschen, für ihre Selbstbilder und Handlungsspielräume – kurz: für das, was die Sozialwissenschaft als Subjektivierung bezeichnet. Namhafte Wissenschaftlerinnen und Journalisten untersuchen das schwierige Verhältnis von medialer Öffentlichkeit und Massenbewusstsein.



Wulf D. Hund (Hg.)  
**Faul, fremd und frei**  
 Dimensionen des Zigeunerstereotyps.  
 Edition DISS Band 35, Münster: Unrast  
 255 S., 19,80 €

Die zentralen Elemente des Zigeunerstereotyps werden bis heute fortgeschrieben. In der Sprache des alltäglichen Rassismus lassen sie sich mit drei Adjektiven bündeln: Zigeuner sind fremd, faul und frei.

Neuaufgabe von ›Zigeuner. Geschichte und Struktur einer Konstruktion‹ und ›Zigeunerbilder. Schnittmuster rassistischer Ideologie‹

Mehrheitsgesellschaft z.B. innerhalb der „Sexismusdebatte“ von 2013 vehement zurückgewiesen oder gar verhöhnt wurde, zeigte sich nach Silvester das Gegenteil: Eine (vermeintliche) Empörung über sexuelle Gewalt wurde verbunden mit massivem Rassismus gegen die mutmaßlichen Täter. Auf diese Weise konnte der Sexismus nach „Außen“ verlagert werden, um die Logik einer gleichberechtigten Gesellschaft aufrecht zu erhalten, die es nicht nötig hat, sich mit der Verletzung der sexuellen Selbstbestimmung in der eigenen Gesellschaft auseinanderzusetzen. Der Ruf nach Abschiebungen und eine verschärfte Abschiebepolitik nach Silvester implizierte, dass „einheimische Frauen“ dankbar sein können, in einer Gesellschaft zu leben, die das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung verteidigt, ohne dabei länger auf feministische Politiken angewiesen zu sein. Entsprechend wurden kaum feministische Potenziale freigesetzt: Feministisches Wissen, das die Silvester-Ereignisse in einen Zusammenhang mit Geschlechterverhältnissen betrachtet, in denen die bestehende Geschlechterhierarchie immer wieder stabilisiert wird – verbunden mit einer Entrechtung und Diskriminierung von Frauen und queeren Personen – wurde kaum rezipiert. Entsprechend gab es kaum Aufrufe zu selbstermächtigenden, feministischen Kämpfen und solidarischen, gruppenübergreifenden Bündnissen. Auch die medienwirksame, feministische Initiative *Ausnahmslos* gegen eine rassistische Instrumentalisierung der Silvester-Ereignisse fokussierte sich vor allem auf Maßnahmen, z.B. im Frauenberatungsbereich.

## Feministische Interventionen nach Silvester

So herausfordernd diese postfeministischen Logiken sind, so zeigen sie auch auf, wie nach Silvester emanzipatorisches Potenzial freigesetzt werden kann und sollte: Notwendig ist eine offensive Intervention, bei der Sexismus und sexualisierte Gewalt – entgegen der postfeministischen Trends – politisch verortet statt individualisiert wird. Es müssen die damit verbundenen Macht- und Herrschaftsverhältnisse ausgeleuchtet und aufgebrochen werden. Zugleich sind feministische, selbstermächtigende und gruppenübergreifende Kämpfe notwendiger denn je.

Feministische Solidarität ist dabei der wichtigste Ausgangspunkt dieser Kämpfe. In diesen Kämpfen müssen die Stimmen stark gemacht werden, die bisher wenig gehört werden, z.B. die von geflüchteten Frauen. Es sollten Strategien von Selbstermächtigung entwickelt werden, um Sexismus zurückzudrängen – anstatt dies allein dem Staat zu überlassen. Es braucht feministische Offline-Räume, um feministische Praxen zu erproben – inklusive geschützter Räume, in denen über Verletzungen der sexuellen Selbstbestimmung gesprochen werden kann. Um es mit den Worten der taz-Autorin Charlotte Wiedemann zu sagen, die nach den Silvester-Ereignissen riet: „Es ist nötig, einen Feminismus der Einwanderungsgesellschaft zu entwickeln, mit neuen Allianzen – und mit einer Vision von Emanzipation, die über die Grenzen von Religion, Hautfarbe und Lebensstil hinweg verbindend sein könnte.“<sup>2</sup>

2 taz vom 23.10.2016: Auf der Kippe

„Es ist nötig, einen Feminismus der Einwanderungsgesellschaft zu entwickeln, mit neuen Allianzen – und mit einer Vision von Emanzipation, die über die Grenzen von Religion, Hautfarbe und Lebensstil hinweg verbindend sein könnte.“

# Verengungen, Verschiebungen und Auslassungen

## Vorläufige Anmerkungen zum Fluchtdiskurs 2015/2016 in den Medien

Von Margarete Jäger, Regina Wamper und Isolde Aigner

„Wir sind hier, weil Ihr unsere Länder zerstört!“



Quelle: www.attac.de

Seit dem Sommer 2015 untersucht die Diskurswerkstatt im DISS den medialen Fluchtdiskurs. Dabei werden vor allem die Kommentare der Frankfurter Allgemeine Zeitung, der Tageszeitung, der Süddeutschen Zeitung und der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung in die Betrachtung aufgenommen. Auch wenn damit nicht die gesamte Breite der Debatte erfasst wird, so kann der Blick auf die thematischen Schwerpunkte, die innerhalb der Kommentare vorgenommen werden, die grundsätzliche Perspektive des medialen Diskurses verdeutlichen. Im Folgenden sollen einige wenige Aspekte dieses medialen Diskurses dargestellt werden.<sup>1</sup> Festzustellen ist, dass sich die Debatte um Migration und Flucht innerhalb weniger Monate entscheidend verengt hat.

Dass es Verschiebungen gibt, können zwei Zitate schlaglichtartig aufzeigen: Am 17.8.2015 war in der SZ zu lesen: „Grundrechte sind nicht aus Seife; sie werden nicht durch ihren Gebrauch abgenutzt. Die Würde des Menschen steht nicht unter dem Vorbehalt, ‚es sei denn, es sind zu viele Menschen‘. Und die Probleme, die es in Fluchtländern gibt, verschwinden nicht dadurch, dass man diese Länder zu ‚sicheren Herkunftsländern‘ definiert; Probleme lassen sich nicht wegdefinieren.“ (SZ vom 17.8.2015)

Zwei Monate später lesen wir in der taz: „Es ist linker Größenwahn, zu glauben, ein

so reiches Land könne einfach mal so jedes Jahr eine Million Flüchtlinge aufnehmen und ihnen menschenwürdige Lebens- und Arbeitsbedingungen bieten. [...] In jedem Solidarsystem, das die Flüchtlingshilfe am Ende ja auch ist, sind die Kapazitäten begrenzt. Man muss über Obergrenzen streiten dürfen. [...] Gäbe es in Deutschland eine Debatte über die Abschaffung des Asylrechts in der bisherigen Form und über selbst gesetzte Obergrenzen, wären die anderen EU-Länder wohl kooperationsbereiter. [...] Ein Szenario: Deutschland schafft das Grundrecht für alle auf ein Asylverfahren ab, nimmt aber nach wie vor

nach einem EU-Schlüssel jährlich ein sehr großes Kontingent an Flüchtlingen auf, aber eben nicht mehr alle, die herkommen. [...] Ist es unmoralisch, über ein solches Szenario nachzudenken? Nein. Die Debatte über Obergrenzen muss erlaubt sein, das O-Wort darf kein Tabu mehr sein.“ (taz 9.10.2014)

Die beiden Aussagen markieren nicht nur eine zentrale Verschiebung, sie machen gleichzeitig auch deutlich, wohin die Reise geht: Es wird einer restriktiven Ausrichtung der Asyl- und Einwanderungspolitik das Wort geredet. Dabei lassen sich verschiedene Techniken ausmachen, mit denen diese Verschiebung vollzogen wurde. Eine davon war die sukzessive Differenzierung in legitime und illegitime Geflüchtete. Noch im Sommer wurde z.B. der Antiziganismus, denen Roma nicht nur auf dem Balkan ausgesetzt sind, in der SZ als ein möglicher Fluchtgrund angesehen. (SZ 17.8.2015) Im Laufe der Monate wurde dann jedoch die Gruppe der ‚echten Flüchtlinge‘, die häufig als die „wirklich Schutzbedürftigen“ titulierte wurden, immer kleiner. Diese Entwicklung wurde in der taz angesprochen und kritisiert:

„Die Liste der sicheren Herkunftsländer wird [...] mit Segen der Grünen immer länger. Jetzt aber sind auch die Syrer keine guten Flüchtlinge mehr. Nicht, dass sich in ihrem Herkunftsland ein Ende von Krieg und Terror abzeichnet. Es sind einfach zu viele, die nach Deutschland kommen.“ (taz 10.11.2015)

Die Verengung des Sagbarkeitsfeldes konnte sich auch deshalb vollziehen, weil die angesprochenen Debatten durch die eingesetzten Kollektivsymbole ein Bedrohungsszenario entstehen ließen, dass Deutschland insgesamt in einen Zustand von Denormalität verortete. Dies wurde unterstützt durch den Einsatz von Kollektivsymbolen, die Effekte von Unsicherheit und Angst hervorrufen (können). Es ist von Flüchtlingsströmen, von Wellen, von Lawinen, von Sturm und Flut und deren notwendige Eindämmung die Rede.

<sup>1</sup> Es handelt sich um Zwischenergebnisse der angesprochenen Untersuchung, die in der Diskurswerkstatt diskutiert wurden.



Der Einsatz solcher Symbole zeitigt nicht zu unterschätzende Effekte, weil diese Sprach- und wirklichen Bilder bestimmte Logiken vermitteln und eben auch Handlungsoptionen nahelegen. Durch die starke kollektivsymbolische Aufladung der Berichterstattung wurde eine Bedrohungssituation inszeniert, die durch permanente Prognosen, wie sich denn wohl die Willkommenskultur in der Bevölkerung entwickeln werde, ergänzt wurde. Ständig wurde die Frage danach gestellt, ob und wann die Stimmung kippt. Auch durch provokante Feststellungen wurde auf einen Stimmungsumschwung angespielt. Die FAZ konstatiert z.B. unter dem Titel: *Deutschland muss Deutschland bleiben*, dass eine Integration der Flüchtlinge „nur mit einem Notstandsregime zu erreichen sein (wird). Da geht es nicht um Brandschutz und Baurecht. [...] Wann kommt es zu den ersten Zwangseinweisungen von Flüchtlingen? Häuser und Wohnungen können schließlich auch enteignet werden.“ (FAZ 12.9.2015)

Nach solchen Warnungen ist es nur logisch, dass in der taz am 19.10.2015 der Stimmungsumschwung in der Bevölkerung als vollzogen gemeldet und dies durchaus medienkritisch begründet wird: „Sollten Historiker in Zukunft einmal ergründen wollen, wie die Stimmung in Deutschland in der Flüchtlingsfrage so schnell kippen und Merkel so unter Druck geraten konnte, werden sie nicht umhinkommen, sich die Rolle der meinungsbildenden Medien anzuschauen. Und dabei dürften sie zu dem Schluss kommen, dass diese den Stimmungsumschwung kräftig herbeigeschrieben haben.“ (taz 19.10.2015)

So ist festzuhalten, dass sich der Fluchtdiskurs innerhalb von wenigen Monaten auf die Politik der Großen Koalition verengt hat. Einen Beleg dafür liefert die taz vom 14.4.2016. Dort wird Angela Merkel gegenüber den Kritiker\_innen des Abkommens mit der Türkei in Schutz genommen und betont: „Es braucht kein Konzept links von der Kanzlerin [...] Es reichte schon, wenn sich eine humanitär orientierte Öffentlichkeit sich (sic!) für jene Teile ihrer Politik starkmachen würde, die unterstützenswert sind.“ (taz 14.4.2016)

Die Debatte um Flucht und Migration ähnelt durchaus der in den 1990er Jahren – ebenso wie die Massivität rechter Gewalt an diese Zeit erinnert. Dennoch gibt es Unterschiede: So hören wir heute nicht nur Abschreckungsrhetoriken, sondern

auch eine human gewendete Rhetorik, die durch Angela Merkel und ihre Unterstützer\_innen vertreten wird. Dadurch fallen aber die erheblichen Verschärfungen des Asylrechts weitgehend aus dem Blick bzw. werden mit dem Verweis auf eine Willkommenskultur gerechtfertigt. Die Äußerung von Angela Merkel „Wir schaffen das“ und ihre menschenrechtliche Rhetorik geben der tatsächlich herrschenden restriktiven Asylpolitik einen antirassistischen bzw. humanen Anstrich. Dabei werden in der Debatte einige Themen unterbelichtet oder ganz ausgeblendet.<sup>1</sup> Selten finden sich Hinweise auf die deutsche Geschichte. Wenn auf deutsche Geschichte angesprochen wird, werden damit eher die Fluchtbewegungen und Integrationsleistungen nach dem 2. Weltkrieg oder die Flüchtlinge aus der ehemaligen DDR thematisiert.

Die Perspektive von Geflüchteten ist ebenfalls ausgesprochen unterbelichtet. Die Geflüchteten werden vorrangig unter dem Gesichtspunkt betrachtet, dass sie sich mit dem zufrieden geben sollten, was die deutsche Gesellschaft ihnen bietet.

Vor diesem Hintergrund ist es erwartbar, dass eine Kritik an institutionellen rassistischen Praktiken kaum formuliert wird.

<sup>1</sup> Einschränkung soll hier allerdings angemerkt werden, dass in der von uns vorgenommenen Untersuchung vor allem Kommentare und Leitartikel analysiert wurden. Diese Textsorten sind nicht dazu geeignet, ausführliche Positionen zu formulieren. Diese finden sich eher in Hintergrundberichten, Reportagen und Essays. Es geht hier also nur darum, dass die Thematiken in den Kommentaren kaum angesprochen wurden.

Im Gegenteil. Die kritischen Diskussionen um Residenzpflicht von Flüchtlingen, um Sachleistungen und Gutscheinsysteme für Flüchtlinge sowie racial profiling sind nahezu verstummt.

Und schließlich findet über die aktuell kriegerischen Konflikte in den Ländern der Flucht hinaus keine Analyse der Fluchtursachen statt. Am Rande werden zwar durchaus die Zerstörungen thematisiert, die durch militärische Interventionen des Westens und Waffenlieferungen entstanden sind. Es wird auch auf Armut in den Herkunftsländern verwiesen, keinesfalls aber auf die globale Ungleichverteilung von Ressourcen.

Auch die Rolle Deutschlands in vorhandenen neokolonialen Konfigurationen wird nicht diskutiert. Dort, wo nach Antworten gesucht wird, wie die Situation in den Herkunftstaaten positiv verändert werden könne, wird auf eine vermehrte wirtschaftliche und militärische „Verantwortung“ von Deutschland verwiesen. In der SZ wird zwar die Frage aufgeworfen, welche Einwirkungsmöglichkeiten „die reiche EU auf die Afrikanische Union“ habe, „in deren Reihen Staaten regelrecht ausbluten?“ Es wird aber nicht danach gefragt, was die reiche EU mit dem „Ausbluten“ dieser Staaten zu tun hat. Neokolonialismus ist kaum ein Thema im aktuellen Flucht- und Migrationsdiskurs.

Dabei dürfte ein Slogan von *Karawane* und *The Voice* doch eigentlich auch der mediopolitischen Klasse bekannt sein. Er lautet: „Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört.“



# Der Krieg in der Türkei gegen die Kurden und die Rolle Deutschlands

Von Ismail Küpeli

**Schon über zehn Monate herrscht der Krieg in den kurdischen Gebiete der Türkei und eine Deeskalation ist weiter nicht in Sicht. Währenddessen hat sich Deutschland auf die Seite der türkischen Regierung gestellt – und damit faktisch gegen eine friedliche Lösung des Konfliktes.**

Seit Ende Juli 2015 dauert der Krieg in der Türkei an und hat tausenden Menschen das Leben gekostet. Die Ausgangssperren und Belagerungen von kurdischen Städten im Osten der Türkei haben sich inzwischen zu einem Dauerzustand entwickelt. In einigen dieser Städte, wie etwa Cizre, Silopi und Nusaybin, finden immer wieder Militäroffensiven mit kurzen Pausen dazwischen statt. Während dieser Ausgangssperren und Militäroffensiven in den Städten wurden hunderte kurdische Zivilisten getötet, unzählige Menschen verletzt und ganze Straßenzüge zerstört.

Es ist ein merkwürdiger Krieg, der in den deutschen Medien bis vor kurzem nicht einmal als Krieg anerkannt war. Auch die genaue Opferzahl ist nicht bekannt. Die türkische Armee meldet, dass man über 4000 „Terroristen unschädlich gemacht“ habe – so die Sprechweise dort. Die linke HDP und Menschenrechtsorganisationen sprechen von mindestens hundert zivilen Opfern.

## Cizre als Testfall des Krieges

Um diesen Krieg richtig einzuschätzen, ist ein Blick auf die Situation in Cizre hilfreich. Cizre war bereits vielfach Ziel von Angriffen der türkischen Armee und Polizei. Bei einer dieser Operationen wurden im September 2015 über 20 Zivilisten getötet – nicht zuletzt weil die Armee die Ausgangssperre gewaltsam durchsetzte, etwa mit Hilfe von Scharfschützen. Die Opferzahlen spiegeln die Berichte von MenschenrechtsaktivistInnen wieder, die damals nach Aufhebung der Ausgangssperre in die Stadt gegangen sind, um die Lage zu analysieren.

Das staatliche Desinteresse am Umfang der zivilen Opfer hält sich bis heute. Cizre wurde immer wieder unter eine Ausgangssperre gestellt. Zivilisten, deren Häuser zerstört wurden, flohen in die Kellerräume, wo sie auf Rettung warten. Weil Ver-

letzte aufgrund der Ausgangssperre nicht aus den umkämpften Gebieten evakuiert werden können, haben auch sie Zuflucht in solche Kellerräume gesucht. Bis Anfang Februar 2016 versuchten HDP-Abgeordnete, Menschenrechtsorganisationen und die kurdische Bevölkerung aus dem umliegenden Gebiet die verletzten Zivilisten zu retten. Diese Versuche wurden von der türkischen Armee und Polizei gewaltsam unterbunden. Auch Aufrufe von internationalen NGOs wie Human Rights Watch konnten die Türkei nicht dazu bewegen, diese Menschen zu evakuieren.

Nachdem zahlreiche verletzte Zivilisten verstorben waren, meldete die türkische Armee am 8. Februar, dass sie einen Kellerraum in Cizre gestürmt und dort dutzende „PKK-Terroristen“ getötet habe. Nach kurzer Zeit bestätigten sich die schlimmsten Annahmen. In dem bestürmten Kellerraum befanden sich verletzte Zivilisten, die bis zuletzt auf eine Rettung gehofft hatten. In den folgenden Tagen wiederholten sich solche Aktionen der türkischen Armee, mindestens zwei weitere Kellerräume wurden gestürmt. Die Darstellung der türkischen Armee, dass es sich bei den Opfern um bewaffnete PKK-Kämpfer handelte, scheint nicht zuletzt dadurch widerlegt zu sein, weil bei diesen Erstürmungen die türkische Armee laut Eigenangaben keinerlei Verluste hatte – aber gleichzeitig 60 „PKK-Terroristen“ getötet worden seien.

Wie schon bei der Offensive im September 2015 haben MenschenrechtsaktivistInnen und HDP-PolitikerInnen nach einer Teilaufhebung der Ausgangssperre in Cizre versucht, die Zahl und Identität der Opfer zu erfassen. Nach ihren Angaben wurden in den Kellerräumen in Cizre mindestens 180 Menschen getötet, die bis heute nicht vollständig identifiziert werden konnten. Kurz nach den Massentötungen in Cizre kamen bedrohliche Meldungen aus Sur bei Diyarbakir, wo

ebenfalls über 150 Menschen in solche Kellerräume geflüchtet sind. Dort konnte, anders als in Cizre, der Großteil der Menschen gerettet werden.

## Deutschland schweigt nicht

Kritische Stimmen in Deutschland empören sich vielfach über das Schweigen der deutschen Regierung über solche Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen in der Türkei. Inzwischen ist aber die Rede vom „deutschen Schweigen“ eher ein Euphemismus und kein Kennzeichen einer kritischen Analyse der Rolle Deutschlands. Deutschland hat sich zum einen im Kontext der Europäischen Union dafür eingesetzt, die Abwehr der unerwünschten Flüchtlinge in Zusammenarbeit mit der Türkei zu organisieren. Die Türkei wird zum Türsteher an den Toren der Festung Europa. Dafür gibt es nicht nur EU-Finanzmittel in Milliardenhöhe, über die beide Seiten noch verhandeln, sondern auch politische Anerkennung seitens der EU und die Wiederaufnahme der EU-Beitrittsverhandlungen.

Die symbolische Wirkung dieser Maßnahmen bei der türkischen Wählerschaft sind eindeutig: Erdogan und die Regierungspartei AKP sind die Richtigen dafür, vom Westen Zugeständnisse zu entlocken. Wenn die autoritäre Tendenz der AKP-Regierung so belohnt wird, dann werden die Stimmen in der Türkei lauter, die nach einer „starken Führung“ rufen. Die Kooperation der EU mit der Türkei beschränkt sich nicht nur auf die Finanzierung von Flüchtlingslagern in der Türkei, sondern geht weiter mit der Zusammenarbeit der Polizei- und Sicherheitsbehörden der EU-Staaten und der Türkei. Koordinierte Razzien der deutschen und der türkischen Polizei gegen vermeintliche „Menschenschmuggler“ haben bereits stattgefunden. Es ist davon auszugehen, dass die Zusammenarbeit sich nicht auf diesen Bereich

beschränken wird, sondern sich ausweiten dürfte. Deutschland hat aber jenseits der EU-Türkei-Abkommen auch binationale Vereinbarungen mit der Türkei getroffen. Folgerichtig dürfte dabei der beschlossene gemeinsame „Anti-Terror-Kampf“ sein, der sich explizit nicht nur gegen den IS, sondern auch gegen die kurdische PKK und die türkische DHKP-C richtet. Ausgehend davon, wer alles in der Türkei als vermeintliches PKK-Mitglied oder vermeintlicher PKK-Unterstützer gilt, droht auch den politischen Gegnern des AKP-Regimes in Deutschland Repression. Erste Anzeichen sind bereits sichtbar. In Hannover wurde ein linkes Jugendzentrum wegen vermeintlichen PKK-Verbindungen durchsucht. In Heilbronn wurde eine Demonstration gegen die „Massaker in Cizre und Sur“ von der Stadt verboten. Der

Krieg gegen die Kurden ist nicht weit weg, sondern zeigt sich auch hier in Deutschland. Insofern ist es nötig, dass die Linke in Deutschland die Beteiligung Deutschlands an Krieg und Repression in der Türkei wahrnimmt und eine adäquate politische Antwort darauf findet.

### Bald „syrische Verhältnisse“ in der Türkei?

Angesichts dieser Gemengelage – einer autoritären türkischen Regierung, die sich mittels der Kriegeskalation an der Macht halten will, einer indifferenten türkischen Öffentlichkeit, einer zunehmend frustrierten und wütenden kurdischen Bevölkerung und der fortdauernden Unterstützung für das AKP-Regime seitens des Westens – spricht wenig dafür, dass

der Krieg bald aufhören wird. Ganz im Gegenteil dürfte sich der Krieg 2016 weiter ausweiten und stärker in der Westtürkei ankommen – so etwa durch weitere Anschläge der „Freiheitsfalken Kurdistans“ (TAK) und militante Aktionen von kurdischen Gruppen in Istanbul und anderen Großstädten. Die Anschläge in Ankara am 17. Februar gegen ein Militärkonvoi mit 29 Toten und am 13. März am Kızılay-Platz mit 37 Toten deuten auf eine düstere Zukunft auch für die bisher von Kämpfen verschonten Gebiete. So sprechen auch die ersten Beobachter davon, dass in der Türkei bald „syrische Verhältnisse“ herrschen könnten – anders gesagt: ein landesweiter Bürgerkrieg.

*Ismail Küpeli ist Politikwissenschaftler und freier Journalist.*

DISS intern



## Unabhängige & kritische Wissenschaft unterstützen

### Werden Sie Mitglied im DISS-Förderkreis!

Das DISS finanziert sich über Drittmittel und über einen Förderkreis. Der Förderkreis hilft dabei, die Grundkosten des Instituts zu decken. Er ersetzt nicht öffentliche Forschungsförderung. Trotzdem ist die finanzielle Basis dringend notwendig, denn ein breit aufgestellter Förderkreis macht uns unabhängiger von anderen GeldgeberInnen. Alle FördererInnen (ab 10 € mtl.) erhalten das DISS-Journal und werden auf Wunsch zu den Colloquien und Workshops eingeladen. Die Spenden sind steuerlich absetzbar und leisten einen wichtigen Beitrag, um das Institut und seine Arbeit zu erhalten. Seien Sie dabei!

☐ Ja, ich unterstütze das DISS ab \_\_\_\_\_ mit einer monatlichen Spende von 10 / 20 / 30 / 50 oder \_\_\_\_\_ €. (Nichtzutreffendes bitte streichen)

☐ Ja, ich unterstütze die Arbeit des DISS mit einer einmaligen Spende von \_\_\_\_\_ €.

☐ Ich überweise den Betrag per Dauerauftrag an: DISS, Konto 209 011 667, Sparkasse Duisburg, BLZ 350 500 00.

☐ Ich ermächtige das DISS, den genannten Betrag monatlich von meinem Konto abzubuchen:

Name: \_\_\_\_\_

Kto: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

bei: \_\_\_\_\_

Ort: \_\_\_\_\_

BLZ: \_\_\_\_\_

Telefon / E-Mail: \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_

Bitte einsenden an: DISS, Siegstr. 15, 47051 Duisburg



# Flucht als Deutungsmuster linker Aktivist\_innen

Von Sina Kaiser

**Die Forschungsfrage der im Sommersemester 2014 fertiggestellten MA-Arbeit lautete: Wie gestalten sich objektive und subjektive Motive für politisches Engagement oder Protest im Flüchtlingsbereich von linken Aktivist\_innen? Um zu verstehen, warum Menschen aktiv – also selbstverwaltet und selbstorganisiert – politisch partizipieren, bedarf es einer Verknüpfung der Soziologie und Politikwissenschaft mit der (Motivations-)Psychologie. Deutungsmuster bestimmen individuelle Motive in erheblichem Umfang. Auf dieser Grundlage wurden elf linke Aktivist\_innen im Rahmen eines explorativen Forschungsdesigns interviewt. Die Datenauswertung erfolgte gemäß der Grounded Theory. Ungeachtet der angesprochenen Motive wurden verschiedene Leitgedanken zum Thema Flucht vergleichend skizziert. Grundvoraussetzung für ein Interview war zum einen, dass sie sich bezogen auf den Flüchtlingsbereich selbst als politisch aktiv beschreiben. Zum anderen war es erforderlich, dass sie sich dem linken Spektrum zuordnen und nicht an das Asyl- oder Ausländerrecht gebunden sind.**

Überall werden politische Aktionen ins Leben gerufen, die Solidarität mit Asylsuchenden bekunden und menschenfeindlichen Ideologien entgegenstehen. Hinter Schlagworten wie „Refugees Welcome“ oder „Kein Mensch ist illegal“ verbergen sich subjektive Deutungsmuster zum Thema Flucht, die mitunter hinterfragt werden müssen.

Für die meisten Menschen befindet sich das skandalöse Geschehen an der EU-Außengrenze oder in den zum Teil überfüllten Sammelunterkünften in weiter Ferne. Andere hingegen werden durch diese von Demütigung und Willkür geprägten Verhältnisse in erheblichem Umfang beeinflusst, weshalb sie als kontextuale Voraussetzungen für eine politische Aktivierung verstanden werden können. In Anlehnung daran sollten linke Aktivist\_innen in offenen Interviews angeregt werden, über Kernpunkte zum Thema Flucht zu berichten. Ziel war es, Deutungsmuster zum Thema Flucht vergleichend zu skizzieren. Deutungsmuster können dabei als „kulturelles Wissen verstanden [werden], das einem Gesellschaftsmitglied die Orientierung in der Welt, die Wahrnehmung von Gegenständen und Sachverhalten sowie den Umgang mit ihnen ermöglicht“ (Sackmann 1991: 199).

Insgesamt assoziieren die interviewten Aktivist\_innen mit dem Ausdruck Flucht ein konfuse und diskussionswürdiges Verständnis. Hervorzuheben ist, dass alle Befragten zuerst an vermeintliche Gründe oder Ursachen denken, die individuelle

Fluchtentscheidungen beeinflussen. Mögliche Konsequenzen sowie die Frage nach der Verantwortung werden zunächst außen vor gelassen. Die Entscheidung zur Flucht wird mit personenbezogenen Faktoren wie z.B. Eigenschaften, Fähigkeiten oder materiellen Ressourcen in Verbindung gebracht. In dem Fall, dass die Akteur\_innenebene komplett außen vor bleibt, ergibt sich eine Stigmatisierung als Objekt. Die Aussagen der befragten Aktivist\_innen lassen sich danach unterscheiden, inwieweit der Ausdruck Flucht mit Alternativlosigkeit, Chance oder Willensfreiheit assoziiert wird. Es zeigt sich, dass (potenzielle) Asylsuchende mehrheitlich als hilflose Opfer betrachtet werden, denen es zu helfen gilt. Die Wahrnehmung von Geflüchteten als entscheidungsfähige Akteur\_innen trotz der jeweiligen Umstände ist selten. Eine der Interviewten erklärt, dass „Flucht, darauf wird ja auch immer hingewiesen, natürlich kein freiwilliger Prozess ist, man wird genötigt, alles, was man sich aufgebaut hat, möglicherweise sogar seine Familie zu verlassen“. Konträr dazu bezeichnet ein Aktivist Flucht als „Alternative zum Konflikt“ vor Ort und sagt, dass die „Menschen, die als Wirtschaftsflüchtlinge betitelt werden, (...) meist vor Ort verhungern“.

Dass Flucht trotz allem immer auch ein Ergebnis subjektiver Empfindungen, bewusster Überlegungen oder individueller Ressourcen darstellt, wird von der Mehrzahl der interviewten Aktivist\_innen nicht berücksichtigt. Die Möglichkeit der aktiven

Entscheidungsfindung und -umsetzung wird zugunsten einer passiv erlebten Zwangskonstellation vernachlässigt. Die subjektive Vorstellung von erträglichen oder unerträglichen Lebensumständen wird in verkürzter Form auf Asylsuchende übertragen. Diese Art der Negation von individuellen Faktoren markiert eine Objektivierung. Indem externen Faktoren undifferenziert die Dominanz zugesprochen wird, lässt sich eine Haltung erkennen, die Geflüchteten die Fähigkeit zur Selbstbestimmung sowie Eigenverantwortung abspricht. Der negative Fokus auf Ausweglosigkeit suggeriert Schwäche, Schutz- und Hilfebedürftigkeit. Eine differenzierte Wahrnehmung von Asylsuchenden steht einer einseitigen und verallgemeinernden Objektivierung gegenüber. Bemerkenswert dabei ist, dass Geflüchtete vor allem seitens beruflicher Aktivist\_innen (Stiftung, Partei, Wohlfahrt) undifferenziert hinsichtlich ihres vermeintlichen Opferstatus wahrgenommen wurden. Damit ist es vor allem diese Gruppe, die sich der Stigmata des vorherrschenden Fluchtdiskurses bedient.

Individuelle Fluchterfahrungen sollten im Diskurs mehr Beachtung finden, um der Stigmatisierung der Betroffenen als „Opfer“ entgegenzuwirken. Politisches Engagement und Protest müssen über eine theoretische Auseinandersetzung „über die Protagonist\_innen des Geschehens“ hinausgehen. Stattdessen gilt es die Selbstorganisation Geflüchteter zu stärken, also ihre faktische Präsenz und Situation als solche anzunehmen und sie allumfassend einzubeziehen.

*Sina Kaiser ist Soziologin und arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Forschungsstelle interkulturelle und komplexe Arbeitswelten (FinkA) an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.*

## Literatur

Sackmann, Reinold (1991): Das Deutungsmuster „Generation“. In: Meuser, Michael/Sackmann, Reinold (Hrsg.): Analyse sozialer Deutungsmuster. Beiträge zur empirischen Wissenssoziologie. Pfaffenweiler: Centaurus-Verlagsgesellschaft, S. 199-215.



EXPRESS, 03.01.2016: „Nach sexuellen Übergriffen: Diese Tätergruppe rückt jetzt in den Fokus“

(Screenshot : <http://www.express.de/koeln/koeln-nach-sexuellen-uebergriffen--diese-taetergruppe-rueckt-jetzt-in-den-fokus-23252196>)

## Die Kölner Silvesternacht: (Re)Konstruktion eines diskursiven Ereignisses

Von Felix Schneider

Die Vorkommnisse am Kölner Hauptbahnhof in der Silvesternacht 2015/16 stellten Polizei, Politik und Presse vor ein erhebliches Verarbeitungsproblem. Sexualisierte Gewalt gegen Frauen in Verbindung mit Diebstählen – verübt von weder eindeutig identifizier- noch quantifizierbaren Personengruppen im öffentlichen Raum heraus – erzeugten einen Aufklärungsdruck, welchem aufgrund der Beschaffenheit dieses diskursiven Ereignisses die Institutionen der Wissensdistribution und Verdattung, insbesondere die Pressestellen der Polizei, nicht gerecht wurden. Die notwendig aufgetretenen Schwierigkeiten in Ermittlung und Berichterstattung befeuerten somit den medienkritischen Diskurs um eine vermeintlich die Herkunft der Täter verschweigende Presse und Polizei. Ethnie und Geflüchtetenstatus der Täter rückten ins Zentrum der medialen Aufmerksamkeit und es verschränkte sich die Debatte um eine bundesdeutsche ‚Willkommenskultur‘ mit der um ‚Ausländerkriminalität‘. Im Kontext einer sich seit Sommer 2015 zuspitzenden Asyldebatte geriet die Kölner Silvesternacht so zu einem diskursiven

Ereignis, welches das Sagbarkeitsfeld für rassistische Ausgrenzungs- und restriktiv-normalistische Sicherheitsrhetorik entscheidend erweiterte.

Die Straftaten selbst eigneten sich zu dem dafür, eine Verschränkung des Frauen- bzw. Geschlechterdiskurses mit dem Diskurs um Migration zu intensivieren.<sup>1</sup> Eine dezidierte Auseinandersetzung mit sexualisierter Gewalt, etwa in Zusammenhang mit dem reformbedürftigen deutschen Sexualstrafrecht, mit Rape Culture und Street Harassment, fand nur vereinzelt sowie in einschlägig feministischen Medien statt.<sup>2</sup>

Im Folgenden soll anhand von Onlineportalen der auflagestärksten Kölner Tageszeitungen Kölner Stadtanzeiger (KStA) und EXPRESS nachgezeichnet werden, wie das Ereignis in den ersten Tagen nach Silvester ‚vor Ort‘ allmählich mit Informationen angereichert wurde und wie die zunehmende

Informationsdichte zu einer wachsenden diskursiven Brisanz der Vorkommnisse führte. In diesem Sinne handelt es sich hierbei um eine Analyse der Diskursivierung dieses Ereignisses.<sup>3</sup>

Die jeweiligen Quellen des Wissens erforderten von den Autor\_innen, aus lückenhafter Faktenlage eine kohärente Repräsentation der Ereignisse zu konstruieren, was zum Teil widersprüchlichen Narrative bedingt. So sei laut der Bilanz von Polizei und Feuerwehr die Silvesternacht „relativ friedlich“ verlaufen.<sup>4</sup> Dass „Junge Frauen sexuell belästigt“ wurden, titelt hingegen bereits der EXPRESS.<sup>5</sup> Ein

3 Insofern handelt es sich nicht um eine Diskursanalyse, die erst mit dem Auftauchen der Kölner Silvesternacht in den Medien – als diskursives Ereignis – einsetzen sollte.

4 Grosch, Janine: Bilanz von Polizei und Feuerwehr zur Silvesternacht. (<http://www.ksta.de/koeln/bilanz-von-polizei-und-feuerwehr-zur-silvesternacht-sote-23371458>)

5 Meyer, Oliver: Junge Frauen sexuell belästigt. (<http://www.express.de/koeln/silvesternacht-hauptbahnhof--junge-frauen-sexuell-belaestigt-23251504>)

1 Als „Ethnisierung von Sexismus“ beschreibt Margarete Jäger diese Verschränkung in: *Fatale Effekte: Die Kritik am Patriarchat im Einwanderungsdiskurs*. Duisburg: 1996.

2 z.B. Yaghoobifarah, Hengameh: *Willkommen in der Hölle, Ladys*. taz, v. 8.1.16, S. 13.

zige Quelle dieses Wissens sind zunächst soziale Netzwerke: Darin hätten „Äußerungen die Runde gemacht, dass es sich bei den Tätern um Flüchtlinge gehandelt haben soll.“<sup>6</sup> Am Folgetag konkretisiert der EXPRESS das Bild der Tätergruppe als „Nordafrikaner“, die sich um den Hauptbahnhof herumtreiben: „Einige begehen laut Ermittlern morgens Autoaufbrüche, verkaufen mittags Marihuana, und abends sind sie als Taschendiebe in der Altstadt unterwegs.“ Dieses Milieu „junger Männer“ wird rassifizierend an ihrem „Tummelplatz unter der Philharmonie“ illustriert. Die so identifizierte und als ‚Tummler‘ zur müßiggängerischen Masse deindividuierte Gruppe „Kleinkrimineller“, „Asylbetrüger“ und „polizeibekannter Intensivtäter“<sup>7</sup> prägt die weitere diskursive Konstruktion der Tätergruppe entscheidend. Die Unterscheidung zwischen ‚Kriegsflüchtlingen‘ und illegalen bzw. kriminellen ‚Armutsflüchtlingen‘, wie sie im Fluchtdiskurs seit Sommer 2015 eine zunehmende Rolle spielt, wird erneut aufgegriffen, um die Täter letzterem zuzuordnen.

Ein Milieu migrantischer Jugendkriminalität – Produkt einer Verschränkung von Migrations- und Kriminalitätsdiskurs<sup>8</sup> – stellt die soziologische Nische bereit, aus der die inzwischen 40-100 Täter stammen sollen. Der Dom als urbanes Symbolbild der Kölner Zivilgesellschaft wird zum Angriffsziel „Organisierter Groß-Banden“.<sup>9</sup> Mit der Pressekonferenz von Oberbürgermeisterin Henriette Reker und Polizeipräsident Wolfgang Albers am 5.1. erfährt die Kölner Silvesternacht eine erste offizielle Problematisierung, inzwischen stieg die

Zahl der Anzeigen auf fast 100. Das bisher weitgehend als „Übergriffe“ benannte Ereignis erhält erste Namen: „Sex-Attacken“<sup>10</sup>, „Kölner Silvesterchaos“<sup>11</sup>, „Sexuelle Gewalt an Silvester“<sup>12</sup>. Die Frage nach dem Umgang mit straffällig gewordenen Asylsuchenden rückt in den medialen Fokus und in die Titelseiten: „Wer sind die Täter? Droht ihnen die Abschiebung?“ fragt der EXPRESS<sup>13</sup>.

Fünf Tage nach dem Vorfall titelt schließlich die BILD: „So wütet der Sex-Mob in unseren Städten!“<sup>14</sup> und fragt in einer folgenden Ausgabe „was verschwieg die Kölner Polizei?“<sup>15</sup>. Albers Aussage „Wir haben keine Erkenntnisse über die Täter“ wird zur Falschaussage umgedeutet: „Die Polizei hatte zum Zeitpunkt der Pressekonferenz doch Erkenntnisse zu möglichen Verdächtigen“. Dies gelingt nur über die Gleichsetzung von sicher identifizierten Tätern – die nicht gegeben waren – und möglichen Verdächtigen. Dieser recht durchschaubare Trick genügt nun, die aufgetretenen Probleme in der polizeilichen Informationspolitik langfristig zum asylpolitischen Kalkül der Bundesregierung und die Kölner Silvesternacht eine Woche nach den Vorfällen wirksam zum Argument für einen ‚Kurswechsel‘ dieser Politik zu erklären. Die Forderungen nach ‚Aufnahme- und Obergrenzen‘, nach weiteren Verschärfungen des Asylrechts, besserer Grenzsicherung und einer schnelleren Abschiebung straffällig gewordener Migrant\_innen werden immer lauter und bereiten den Boden für die Durchsetzung des Asylpakets II als weiteren Schritt zur faktischen Abschaffung des Asylrechts.

6 Meyer, Oliver: Sexuelle Übergriffe am Kölner Hbf. Was wir bisher über die Täter wissen. (<http://www.express.de/koeln/silvester-sexuelle-uebergriebe-am-koelner-hbf--was-wir-bisher-ueber-die-taeter-wissen-23251756>)

7 Tim Stinauer: Sexuelle Belästigungen in der Silvesternacht in Köln. Polizei geht von 40 verschiedenen Tätern aus. (<http://www.ksta.de/panorama/-sexuelle-belaestigungen-sote-in-der-silvesternacht--23358474>)

8 Hierbei handelt es sich um eine Kopplung von ausländischen Straftätern mit Drogen-Schmuggel- und Bandenkriminalität im massenmedialen Diskurs. Vgl. hierzu Margarete Jäger et. al.: Von deutschen Einzeltätern und ausländischen Banden. Medien und Straftaten. Duisburg: 2000, S. 157

9 Pauls, Peter: Kommentar zu sexuellen Übergriffen am Hauptbahnhof. Anarchie im Schatten des Doms. (<http://www.ksta.de/koeln/kommen-tar-zu-sexuellen-uebergrieften-sote-23460872>)

10 N.N.: Wer sind die Täter? Droht ihnen die Abschiebung? (<http://www.express.de/koeln/koelner-hbf-wer-sind-die-taeter--droht-ihnen-die-abschiebung--23254494>)

11 N.N.: Kölner Silvesterchaos. Opfer Michelle (18) von 20 bis 30 Männern umzingelt. (<http://www.express.de/koeln/koelner-silvesterchaos-opfer-michelle--18---von-20-bis-30-maennern-umzingelt-23255864>)

12 N.N.: Sexuelle Gewalt an Silvester. Das müssen Sie zu den Übergriffen in Köln wissen. (<http://www.ksta.de/politik/-sexuelle-uebergriebe-in-koeln-sote-das-muessen-sie-wissen-23480726>)

13 Wer sind die Täter? Droht ihnen die Abschiebung? (<http://www.express.de/koeln/koelner-hbf-wer-sind-die-taeter--droht-ihnen-die-abschiebung--23254494>)

14 BILD-Titelseite vom 06.01.16

15 J. Ley: Was verschwieg die Kölner Polizei? BILD vom 08.01.16, S.3



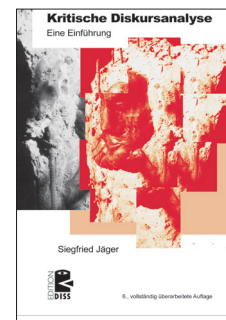
Siegfried Jäger/Jens Zimmermann (hg. in Zus.ammenarbeit mit der Diskurswerkstatt im DISS)

**Lexikon Kritische Diskursanalyse**

Eine Werkzeugkiste.

Edition DISS Bd. 26, Münster: Unrast 144 S., 16 Euro

Diskurstheorie im Allgemeinen und die Kritische Diskursanalyse im Besonderen gehören mittlerweile zum theoretischen und methodischen Kanon der Geistes- und Sozialwissenschaften. Das Lexikon will den aktuellen Stand der Kritischen Diskursanalyse (KDA) theoretisch, methodisch und begrifflich erfassen. Es präzisiert Begrifflichkeiten und bietet darüber hinaus als Nachschlagewerk Hilfestellungen für konkrete empirische Arbeiten sowie Anregungen für die weitere theoretische Diskussion.



Siegfried Jäger

**Kritische Diskursanalyse**

Eine Einführung

6. vollständig überarbeitete Auflage

Edition DISS Bd. 3, Münster: Unrast

258 S., 19,80 Euro

Mit der 6. Auflage erweitert Siegfried Jäger sein paradigmatisches Einführungswerk zur Kritischen Diskursanalyse um eine dispositivanalytische Perspektive. Im Zentrum dieser neuen Einführung steht nach wie vor die Frage nach dem politischen Nutzen der Diskursanalyse, der zwar gelegentlich noch bestritten wird, letztlich jedoch weitgehend anerkannt ist.



# Die Aufnahme von Flüchtlingen in den Bundesländern und Kommunen

Eine Rezension von Robin Heun

Zwei Monate nachdem Angela Merkel den Ausspruch „Wir schaffen das“ geäußert hatte, erschien im November 2015 eine von der Robert-Bosch-Stiftung finanzierte Studie zur Flüchtlingsaufnahme. Die Expertise untersucht anhand von Fallbeispielen die Flüchtlingsaufnahme in den Bundesländern und Kommunen. Sie fragt nach den „gesetzlichen Rahmenbedingungen, der behördlichen Praxis, der Rolle des zivilgesellschaftlichen Engagements und der Reaktionen der Anwohnerschaft auf die Flüchtlingsunterbringung“ (7). Der Schwerpunkt des Untersuchungszeitraums liegt zwischen November 2014 bis Mai 2015.

Vor dem Hintergrund der enormen Herausforderungen für die Kommunen, die bekanntlich eine Aufnahme- und Versorgungspflicht gegenüber diesen Personen haben, untersuchten die Verfasserinnen Handlungsmöglichkeiten der Kommunen, um mit empirischen Recherchen „Aufschlüsse darüber [zu] gewinnen, welche Formen der Wohnunterbringung, der Einbeziehung der lokalen Bevölkerung und der Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen geeignet sind, um die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen in den Kommunen positiv im Sinne der Asylsuchenden und Anwohner zu gestalten.“ (162)

Die Studie bietet – und das war ein zentrales Anliegen – wertorientierte Handlungsempfehlungen für die kommunale Flüchtlingspolitik. Sie richtet sich folglich an Akteure aus diesem Politikfeld und an auf diesem Aufgabenfeld Beteiligte der öffentlichen Verwaltung. Doch sie ist auch für Journalist/innen, Wissenschaftler/innen und am Thema Interessierte von Interesse. Zentrale Begriffe wie Flüchtlingspolitik, Gemeinschaftsunterkunft, Residenzpflicht oder der Königsteiner Schlüssel werden allgemein verständlich erklärt und es werden im ersten Teil der Studie die wichtigsten Befunde am Ende der Kapitel prägnant zusammengefasst.

Die Fallbeispiele stützen sich auf 28 qualitative Experteninterviews mit Vertreter/innen aus Politik, Verwaltung,



Jutta Aumüller, Priska Daphi, Celine Biesenkamp (2015): *Die Aufnahme von Flüchtlingen in den Bundesländern und Kommunen. Behördliche Praxis und zivilgesellschaftliches Engagement. Herausgegeben von der Robert Bosch Stiftung*, 182 Seiten. Download unter: [www.bosch-stiftung.de/content/language1/html/64045.asp](http://www.bosch-stiftung.de/content/language1/html/64045.asp)

Initiativen und mit professionellen und ehrenamtlichen Akteuren aus der Flüchtlingsaufnahme. Zudem wurde ein umfangreicher Korpus an schriftlichen Quellen herangezogen.<sup>1</sup> Kurzum: Die Studie fußt auf einer breiten empirischen Basis.<sup>2</sup> Die ausgewählten Fallbeispiele verdeutlichen einerseits Konfliktsituationen z.B. wenn die Flüchtlinge durch Anwohner/innen abgelehnt werden. Andererseits zeigen sie Beispiele einer „guten Praxis“, die gleichzeitig die normativen Wertvorstellungen der Verfasserinnen verdeutlichen. Es geht um eine positive Einstellung zur Flüchtlingszuwanderung und einen empathischen Blick auf die Lebensumstände

1 Siehe hierzu S. 12.

2 Durchgeführt wurde die Studie vom Zentrum Technik und Gesellschaft an der Technischen Universität Berlin (ZTG) in Kooperation mit dem Institut für Protest- und Bewegungsforschung (IPB) und dem Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration (DESI).

von Geflüchteten. Dies zeigt sich auch in einem diskriminierungssensiblen Sprachgebrauch. Die subjektive Perspektive von Geflüchteten wird häufig, so die Verfasserinnen, in der Außenwahrnehmung vernachlässigt. Die Flüchtlinge seien jedoch keine homogene Gruppe, wie vielfach angenommen wird. „Diese Diversität der Flüchtlingsbevölkerung bedeutet faktisch aber eine zusätzliche Herausforderung in der kommunalen Flüchtlingspolitik.“ (14)

Bereits im Vorwort wird das in der Studie vertretene partizipatorische Demokratieverständnis kenntlich, wenn Uta-Micaela Dürig als Geschäftsführerin der Robert Bosch Stiftung betont, dass alle Beteiligten vor Ort in Entscheidungsprozesse eingebunden werden sollten und „aktiv an der Gestaltung ihrer Gesellschaft teilhaben können“ (5). Diese Leitidee von mehr Teilhabe – insbesondere auch für Geflüchtete – zieht sich durch die gesamte Studie. Zum Beispiel wird bei der Frage nach der Qualität von Flüchtlingsunterkünften darauf hingewiesen, dass „ein verbrieftes Mitspracherecht der Bewohner“ auch zu den „rechtlich-sozialen und menschlichen Bedürfnissen“ (43) gehöre. Im Sinne eines partizipativen Ansatzes, der die subjektive Sicht der Geflüchteten berücksichtigt, wäre es erstrebenswert gewesen, auch Geflüchtete zu Wort kommen zu lassen.

## Kritische Perspektiven, Befunde und Empfehlungen

In der Einleitung machen Jutta Aumüller, Priska Daphi und Celine Biesenkamp darauf aufmerksam, dass asylfeindliche Diskurse der 1990er Jahre bis heute nachwirken. Diese würden „die rechtlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, unter denen die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen“ (8) erfolgt, prägen. Im Kontext der gegenwärtigen Flüchtlingseinwanderung ließen sich „Haltungen des Willkommens und der Ablehnung gegenüber asylsuchenden Menschen“ (ebd) beobachten. Während jedoch „ablehnende Einstellungen gegenüber Migranten in den letzten Jahren ab-

genommen haben, hat die Ablehnung gegenüber Flüchtlingen seit 2011 stark zugenommen“ (11). Im Vergleich zum Jahr 1993 sei die Ablehnung jedoch gesunken. Ob dieser Befund nach den drastisch gestiegenen Übergriffen auf Flüchtlingsunterkünfte und ihre Bewohner/innen im Jahr 2015<sup>3</sup> und den Wahlerfolgen der AfD weiterhin Gültigkeit besitzt, wird die empirische Einstellungsforschung zeigen.

Die Expertise nimmt vielfach eine kritische Perspektive auf Praxen bundesdeutscher Flüchtlingspolitik ein. So wird zum Beispiel die Residenzpflicht, die den Aufenthalt von Asylsuchenden und geduldeten Geflüchteten „auf einen festgelegten räumlichen Radius“ (z.B. Landkreis, Bundesland) beschränkt, kritisch kommentiert. Gleichfalls wird mehrfach deutlich gemacht, dass sich der Fluchtdiskurs in den Kommunen zunehmend mit dem Demographie- und Arbeitsmarktdiskurs verschränkt, in dem die Sicherung von Fachkräften, das Problem der Landflucht und Wohnungsleerstand angesprochen wird. Solche Strategieüberlegungen könnten helfen den Partizipationsgedanken zu stärken, jedoch weisen die Verfasserinnen auch darauf hin, dass „arbeitsmarktorientierte Nützlichkeits-erwägungen nicht die Oberhand in der Diskussion um die Flüchtlingsaufnahme gewinnen“ (85) dürften. Auch mit solchen Positionierungen bietet die Expertise eine ethische Orientierung für die Flüchtlingspolitik.

Im ersten (und umfangreichsten) Teil der Studie beschäftigt sich Jutta Aumüller mit den „Rahmenbedingungen der Flüchtlingsaufnahme und ihre Umsetzung in den Kommunen“ und erörtert dabei viele Befunde und Fakten. Hierzu gehört zum Beispiel der Hinweis, dass es weder auf Bundes- noch auf Landesebene einheitliche Mindeststandards für Flüchtlingsunterkünfte gibt. Viele Kommunen hätten eigene Standards für sogenannte „Gemeinschaftsunterkünfte“ festgelegt. Bei den Gemeinschaftsunterkünften wird betont, dass man diese im Vergleich zur dezentralen Wohnunterbringung nicht verallgemeinernd als ungeeignet disqualifizieren könne. Jedoch scheinen die Nachteile für die Bewohner/innen zu überwiegen: räumliche Enge, fehlende

Privatsphäre, erzwungenes Zusammenleben traumatisierter Menschen. Bei der Frage nach den Unterbringungskosten kommt die Studie zu einer eindeutigen Einschätzung: „Gemeinschaftsunterkünfte erweisen sich in den meisten Fällen als die für den Staat teurere Variante der Flüchtlingsunterbringung gegenüber der Unterbringung in Einzelwohnungen“ (36). Die Kommunen verfügten über Ermessensspielräume bei der Unterbringung. Nicht alle Bundesländer schrieben eine verpflichtende Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften vor – auch nicht in NRW. Eine dezentrale Unterbringung wird als „ausschließliche Unterbringungsform favorisiert“ (51) und empfohlen. Denn die Art der Unterbringung beeinflusse die Haltungen der Aufnahmegesellschaft gegenüber den Geflüchteten: „In fast allen Kommunen trägt die dezentrale Unterbringung in einem hohen Maß zur Akzeptanz von Flüchtlingen in der örtlichen Bevölkerung bei“ (69). Zudem bieten dezentrale Unterkünfte „kaum einen räumlichen Angriffspunkt für rechtsextreme Attacken“ (66). Zugleich werden vor dem Hintergrund der hohen Flüchtlingszuwanderung aber auch Zugeständnisse an Sachzwänge eingeräumt. Der Anstieg der Flüchtlingszahlen zwingt zu einer verstärkten Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften. Diese Einschätzung bezieht sich auf den Zeitraum bis Mai 2015. Inzwischen ist die Anzahl der Geflüchteten um ein Vielfaches gestiegen. Insofern steht die Frage, ob die Verfasserinnen die Situation heute genauso bewerten würden.

Die Studie stellt verschiedene klug durchdachte Unterbringungs- und Betreuungskonzepte vor. Zum Beispiel das Konzept der Stadt Köln, wo die Akzeptanz der Flüchtlingsaufnahme in der lokalen Bevölkerung eine wichtige Orientierungsmarke bildet. So soll besonders auf das Erscheinungsbild der Wohnheime geachtet werden, um eine negative Typisierung der Geflüchteten durch desolate Unterbringungsverhältnisse zu vermeiden. Ob die vorgestellten Konzepte ihre Ziele vor dem Hintergrund der gesteigerten Flüchtlingszuwanderung erreichen bleibt abzuwarten. So wird in der Expertise deutlich, dass bereits im Untersuchungszeitraum Konzeptvorgaben nicht mehr eingehalten werden konnten. Dennoch kann sie aufzeigen, dass dies nicht allein auf eine gesteigerte Fluchtzuwanderung

# Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe

Bente Gießelmann, Robin Heun, Benjamin Kerst, Lenard Suermann, Fabian Virchow (Hrsg.)



Bente Gießelmann, Robin Heun, Benjamin Kerst, Lenard Suermann, Fabian Virchow (Hg.)

## Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe

2015 Schwalbach: Wochenschau-Verlag  
368 S., 24,80 €

Was meinen Rechtsextreme, wenn sie von Islamisierung, Geschlechtergleichschaltung, Political Correctness oder Schuld-kult sprechen?

Die Autorinnen und Autoren dieses Handwörterbuchs geben hierzu Antworten und zeigen auf, wie die extreme Rechte mit Begriffs(um)deutungen und Wortneuschöpfungen Bausteine extrem rechter Weltanschauungen über die Sprache zu vermitteln und zu verankern versucht. Die Autorinnen und Autoren richten den Blick auch auf die gesamtgesellschaftliche Anschlussfähigkeit extrem rechter Diskurse. Die einzelnen Beiträge zeigen, wie die menschenverachtenden Äußerungen und die damit einhergehenden politischen Forderungen dekonstruiert und kritisiert werden können.

Das Buch wendet sich insbesondere an Multiplikator\*innen aus Schule, Medien, Sozialarbeit und Gewerkschaft.

Das Handwörterbuch erschließt das begriffliche Kontinuum der extremen Rechten und bietet eine Grundlage für die fundierte Auseinandersetzung damit.

Der Band ist Ergebnis einer Kooperation zwischen dem Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung und dem Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus an der Hochschule Düsseldorf.

<sup>3</sup> Ludwig Greven: Rechte Gewalttaten. Die Saat geht auf: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-05/rechte-gewalt-afd-pediga-kriminalitaetsstatistik>



Helmut Kellershohn  
(Hg.)  
**Die »Deutsche Stimme der Jungen Freiheit«**  
Lesarten des völkischen Nationalismus in zentralen Publikationen der extremen Rechten  
Edition DISS Bd. 23  
330 Seiten, 28 Euro

Die »Junge Freiheit« steht für das jungkonservative Lager der Neuen Rechten, das sich dem Kampf wider die »Dekadenz« verschrieben hat. Sie zielt auf eine ideologische Umorientierung der Eliten, wirbt für eine »konservative Basisbewegung« und unterstützt rechtspopulistische Parteiansätze. Das Parteiorgan der NPD, die »Deutsche Stimme«, versteht sich dagegen als Sprachrohr einer »Fundamentalopposition von Rechts«, die sich mehr oder weniger offen in die Tradition des nationalsozialistischen Kampfes gegen das »System« stellt, dabei aber auch auf jungkonservative und nationalrevolutionäre Ideen zurückgreift. In beiden untersuchten Leitorganen sind, unterschiedliche Lesarten des völkischen Nationalismus identifizierbar.



Regina Wamper /  
Helmut Kellershohn /  
Martin Dietzsch (Hg.)  
**Rechte Diskurspiraterien. Strategien der Aneignung linker Codes, Symbole und Aktionsformen**

Edition DISS Bd. 28, Münster: Unrast  
288 S., 19.80 Euro

In jüngerer Zeit ist ein verstärktes Bemühen auf Seiten der extremen Rechten zu beobachten, Themen, politische Strategien, Aktionsformen und ästhetische Ausdrucksmittel linker Bewegungen zu adaptieren und für ihren Kampf um die kulturelle Hegemonie zu nutzen. Solche Phänomene sind keineswegs neu. Auch der Nationalsozialismus bediente sich der Codes und Ästhetiken politischer Gegner und suchte Deutungskämpfe gerade verstärkt in die Themenfelder zu tragen, die als traditionell links besetzt galten. Auch in den 1970er Jahren waren solche Strategien vorhanden. Gefragt wird danach, warum und in welcher Form diese Diskurspiraterien heute wieder verstärkt auftreten.

zurückzuführen ist, sondern auch auf nicht vorausschauende Planung. Es wird deutlich, dass sich kommunale Aufnahmekonzepte als vorteilhaft herausgestellt haben. Sie bieten eine Handlungsorientierung, unterstützen bei der Vernetzung und begünstigen die Akzeptanz von Geflüchteten in der örtlichen Bevölkerung.

Beim Thema ehrenamtliches Engagement hebt die Expertise hervor, dass gegenwärtig »eine enorm hohe Bereitschaft zur Unterstützung« zu beobachten ist. Ein solch breites Engagement sei »ein relativ neues gesellschaftliches Phänomen« (88). Zivilgesellschaftliche Initiativen leisteten einen enorm wichtigen Beitrag zu Betreuungs- und Integrationsangeboten. Zugleich sollten mehr öffentliche Gelder, vor allem für die Sprachvermittlung, bereitgestellt werden. Auch könnten ehrenamtliche Helfer/innen kein Ersatz für professionelle psychosoziale oder rechtliche Beratungsarbeit sein. Ehrenamtliches Engagement benötige eine professionelle Begleitstruktur (kommunale Engagementstrategie), um Akteure fortzubilden und zu vernetzen. Was die Sozialstruktur der Engagierten betrifft, wird darauf hingewiesen, dass die Mehrheit weiblich und gut gebildet sei und sich »wirtschaftlich in einer relativ sicheren Position« befänden. Außerdem würden sich Migrant/innen in der Flüchtlingshilfe proportional weitaus stärker engagieren als der Durchschnitt der Gesamtbevölkerung.

Im zweiten (und kleineren) Teil der Studie, beschäftigen sich Celine Biesenkamp und Priska Daphi mit den Reaktionen der Lokalbevölkerung auf die Flüchtlingsaufnahme. Hierfür wurden Gemeinschaftsunterkünfte an sechs Standorten verglichen. Da es vergleichende Studien dazu bisher nicht gibt, betreten sie damit Forschungsneuland. Folgende sozialdemografische Vergleichsmerkmale wurden von ihnen herangezogen: Transparenz der Planung, Betreuungsschlüssel, rechtspopulistische Wählerschaft, Arbeitslosigkeit, Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund.<sup>4</sup>

Am Fallbeispiel »Hoyerswerda« wird deutlich, dass eine regionale Neonazi-Szene entscheidend zur Mobilisierung gegen eine Unterkunft beigetragen hat. Auch wird deutlich, dass einer solchen Mobilisierung durch eine enge Kooperation zwischen Behörden und Unter-

stützerinitiativen zum Teil entgegenwirken werden könne. Das Beispiel der Gemeinde Anzing in Oberbayern zeige aber auch, dass eine Ablehnung mit zum Teil »fremdenfeindlichen Merkmalen« keine organisierte Neonazi-Szene voraussetze. Die Gründe zur Ablehnung einer Unterkunft seien vielschichtig und reichten von rassistischen Ressentiments bis zur Kritik an schlechten Unterbringungsbedingungen für die Geflüchteten. Die Fallbeispiele zeigen auch, dass die Reaktionen nicht allein vom Wohlstand oder Bildungsniveau einer Kommune abhängig sind. Auch in wohlhabenden Gemeinden mit einer gut gebildeten Bevölkerung rege sich Widerstand gegen Unterkünfte, während auch in weniger wohlhabenden Gemeinden positive Reaktionen auf größere Unterkünfte zu beobachten seien, z.B. in Duisburg-Wedau. Die beiden Wissenschaftlerinnen gehen davon aus, dass »der Prozess, in dem die jeweilige Unterkunft durch- und umgesetzt wird« für die Reaktionen »von großer Bedeutung zu sein« (128) scheint. Eine frühzeitige umfassende Kommunikation, eine offene Planung und eine Zusammenarbeit zwischen Behörden und zivilgesellschaftlichen Akteuren könnten einer Ablehnung von Geflüchteten entgegenwirken.

Im letzten und dritten Teil der Studie werden »Handlungsperspektiven in der kommunalen Flüchtlingspolitik« vorgestellt. In der Gesamtschau hält die Studie was sie verspricht: Sie gibt einen umfassenden Einblick in die Flüchtlingsaufnahme im untersuchten Zeitraum, sie liefert Hintergrundinformationen, konkrete Befunde und stellt Handlungsperspektiven vor. Die multiperspektivische und wertorientierte Betrachtung ist besonders positiv hervorzuheben. Da manche Befunde mehrfach wiederholt werden, entsteht allerdings der Eindruck einer gewissen Langatmigkeit. Aus rassismuskritischer Perspektive wäre es zudem wünschenswert gewesen, wenn man auf die Begriffe »Fremdenfeindlichkeit« und »Rückführung« verzichtet und durchgehend von Rassismus und Abschiebung sprechen würde. Es bleibt zu hoffen, dass viele der überzeugenden Empfehlungen Eingang in die Flüchtlingspolitik erhalten. Insofern wäre eine erneute Evaluation der vorgestellten »Beispiele guter Praxis« sicherlich sinnvoll.

4 Siehe hierzu Tabelle 3 auf S. 125.



DISS Presseerklärung zur Debatte um die Ereignisse in der Silvesternacht in Köln, Duisburg, 16. Februar 2016

# In der Debatte um die Ereignisse in der Silvesternacht in Köln dominieren rassistische und sexistische Deutungsmuster

**Das Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung analysiert seit über 25 Jahren migrationspolitische Debatten und deren Verknüpfung mit Themen wie Geschlechterverhältnisse und Meinungsfreiheit. Wir haben uns in der Vergangenheit vielfach gegen eine Ethnisierung von Sexismus und gegen diskriminierende Berichterstattung ausgesprochen. Daran halten wir auch nach den Ereignissen von Köln fest.**

In Köln und anderen Städten kam es Silvester zu einer großen Anzahl sexualisierter Übergriffe von Männern auf Frauen. Nach diesen Ereignissen entbrannte in der bundesdeutschen Presse eine Debatte, die bis heute anhält. In dieser Debatte werden verschiedene Themen miteinander verknüpft.

Zum einen wird eine Verbindung zwischen Geschlechterverhältnissen und Migration hergestellt. Die Betonung, dass die vermeintlichen Täter einen Migrationshintergrund haben, vermittelt den Eindruck, dass die Ausübung sexualisierter Gewalt etwas mit der Herkunft zu tun habe. Hier wird eines der ältesten patriarchalen Argumente bemüht, wenn der Schutz der „eigenen“ Frauen vor dem „Fremden“ gefordert wird.

Die Bildsprache ist dabei eindeutig: Der Focus titelte beispielsweise mit einem Cover, auf dem eine weiße, nackte Frau mit schwarzen Handabdrücken auf ihrem ganzen Körper abgebildet wurde. Der Chefredakteur Reitz verteidigte das Cover gegen Kritik damit, dass man die Entwürdigung und Degradierung der Frau zum Sex-Objekt habe kritisieren wollen. Tatsächlich wird durch diese Darstellung aber nicht nur die Degradierung der Frau zum Sex-Objekt plakativ reproduziert, sondern gleichzeitig werden auch rassistische Effekte produziert.

Eine Ethnisierung von Sexismus, mit der Sexismus ins „Außen“ verlagert wird, beinhaltet implizit immer auch Aussagen über „das Eigene“, denn auf diese Weise werden sexistische Strukturen in der eigenen Gesellschaft und die Auseinandersetzung damit ausgeblendet. So werden der deutschen Gesellschaft in den Debatten um die Vorfälle in Köln sowohl Geschlechtergerechtigkeit bescheinigt. Außerdem werden die strukturellen Ursachen für sexualisierte Gewalt nicht berücksichtigt. Dies legt den Schluss nahe, sexualisierte Gewalt könne durch Abschottung nach Außen gemindert werden.

Besonders eklatant ist, dass damit asyl- und migrationspolitische Gesetzesverschärfungen als legitime Mittel gegen sexualisierte Gewalt nahegelegt werden.

Außerdem wird in der Debatte eine Verbindung zum Islam gezogen. Die Betonung der „nordafrikanischen“ Herkunft der Täter ordnet diese einer Kultur zu, in der Geschlechtergerechtigkeit kein gesellschaftlicher Wert sei. Dabei wird häufig unterstellt, dass die Täter Moslems seien und deshalb ein rückständiges Frauenbild hätten. Im Gegensatz dazu wird das Christentum als weniger problembehaftet konstruiert und Frauenverachtung zum Alleinstellungsmerkmal des Islam erklärt. Hierbei wird unterschlagen, dass weder die christliche Religion noch westliche Gesellschaften patriarchale Strukturen überwunden haben. So ergab eine europaweit angelegte Umfrage aus dem Jahr 2014, dass der gefährlichste Ort für eine Frau in Deutschland das eigene Zuhause ist.

Ein weiterer zentraler Punkt der Debatte um die Ereignisse von Köln ist die Verknüpfung mit der Debatte um Meinungsfreiheit. Vor den Ereignissen von Köln orientierten sich viele Journalist\_innen an der Richtlinie des Deutschen Presserats, in der Berichterstattung über Kriminalität die Herkunft vermeintlicher Täter\_innen nicht zu nennen, sofern diese für den Tathergang keine Rolle spielt. Dies scheint innerhalb weniger Tage obsolet geworden zu sein. Es wird sogar konstatiert, es sei nicht früh genug über die Herkunft der Täter berichtet worden. Gefordert wird damit im Namen der Meinungsfreiheit, künftig eine antidiskriminierende Berichterstattung durch eine diskriminierende zu ersetzen.

Gleichzeitig wird der Ruf nach staatlicher Repression immer lauter und der öffentliche Raum kann mehr und mehr von rechten Kräften und sogenannten Bürgerwehren für ihre ausgrenzenden Strategien genutzt werden.

Wir müssen feststellen, dass die Debatte um die Ereignisse in Köln und in anderen deutschen Städten vor dem Hintergrund aktueller migrationspolitischer Debatten stattfindet, in denen rassistische und sexistische Deutungsmuster dominieren. Damit werden jedoch die weltweiten patriarchalen Strukturen, auch die in der deutschen Gesellschaft, ausgeblendet. Sexismus wird zum Problem „der Anderen“ gemacht. Das Recht der Frau auf sexuelle Selbstbestimmung wird vorgeschoben, um rassistische Aussagen zu legitimieren.

# Schmäh eines Unpolitischen?

## Böhmermann zwischen hate speech und Satire

Von Jobst Paul

**Satiren zeigen den Zusammenprall zwischen hohen moralischen Ansprüchen und schlechter Wirklichkeit. Sie führen die zu Unrecht erhobenen Ansprüche ad absurdum. Dehumanisierende Herabsetzung liegt dagegen vor, „wenn du einfach nur so untenrum argumentierst, ne?“ Wo steht Böhmermanns Text?**

Böhmermanns Erdogan-,Schmähgedicht‘ vom 31. März 2016 (in der Sendung Neo Magazin Royale) folgte auf die Verwicklungen, die eine extra3-Satire zu Erdogan vom 17. März 2016 („Erdowie, Erdowo, Erdogan“<sup>1</sup>) verursacht hatte. Diese unterlegte einfache Reime zur Machtpolitik Erdogans mit passenden ausdrucksstarken Filmsequenzen, in denen Erdogan beim Scheitern seiner heldischen Männlichkeit gezeigt wurde.<sup>2</sup> Die Türkei bestellte daraufhin den deutschen Botschafter, Martin Erdmann, am 22. März 2016 ins Außenministerium in Ankara ein und verlangte, dass das extra3-Video aus dem Internet entfernt werde.

Am 31. März 2016 lobt Böhmermann zunächst die NDR-Kollegen, die „in dieser Woche fast den dritten Weltkrieg auslöst“ hätten, und räumt dann bescheiden ein, „diese dicken Bretter“ sei er „nicht imstande zu bohren“. Danach nimmt Böhmermann die Position eines wohlmeinenden Lehrers ein, der dem türkischen Präsidenten den Unterschied zwischen erlaubter Erdogan-Satire und verbotenem Erdogan-Schmähgedicht in Deutschland erklären möchte.

So sei die extra3-Satire in Deutschland „gedeckt von der Kunstfreiheit, von der Pressefreiheit, von der Meinungsfreiheit“, denn sie sei „inhaltlich humorvoll mit dem umgegangen (...), was Sie da quasi politisch unten tun, Herr Erdogan“.

1 Nach dem Nena-Song Irgendwie, Irgendwo, Irgendwann. Vgl. <http://lyricstranslate.com/de/erdowie-erdowo-erdo%C4%9F-erdonas%C4%B1-erdonerede-erdo%C4%9F.html>

2 In einer Sequenz versucht sich Erdogan in Oberhemd und Anzughose als Rodeo-Reiter, wird aber innerhalb von Sekunden abgeworfen und schlägt hart mit dem Rücken auf.

Verboten sei aber Schmähkritik, wenn du „Leute diffamierst. Wenn du einfach nur so untenrum argumentierst, ne? Wenn du die beschimpfst und wirklich nur bei privaten Sachen, die die ausmachen, herabsetzt.“ Und dann könnten „auch Sachen gelöscht werden – aber erst hinterher, nicht vorher.“ Böhmermann will das „an einem praktischen Beispiel mal ganz kurz“ erklären und gibt dann – mit mehreren ironischen Brechungen – sein ‚Schmähgedicht‘ (vor einer türkischen Fahne und im akustischen Hintergrund „eine türkisch angehauchte Version von einem Nena-Song“) zum Besten<sup>3</sup>.

Über die Rahmen-Inszenierung – Böhmermann ‚unterrichtet‘ den Adressaten – begleitet die Zuschreibung der Dummheit den Gesamttext wie eine Klammer. An wenigen Stellen („sackdoof“, „leerer Kopf“) mixt Böhmermann dieses Motiv hinein in ein Feuerwerk der Zuschreibungen, die in überbietender Weise vom Sex-Motiv des Ausgrenzungskonstrukts inspiriert sind. Nur gelegentlich ergänzt der Sprecher diese Kanonade durch die Metaphorik der Ausscheidung, bzw. der Ausdünstung (stinken, „Schweinefurz“, „Pinkeln“). Insgesamt wird jedoch ein über Sex definiertes<sup>4</sup>

3 <http://www.cicero.de/salon/erdogan-schmaehgedicht-das-boehmermann-video-im-original/60770>

4 Sexismus liegt selbstverständlich auch dann vor, wenn sich die Geschlechterkonstruktion gegen Mann/Männer richtet. Lediglich an einer Stelle greift Böhmermann zur ‚Fress-Metaphorik‘ („Döner“) und fügt dort zur sexistischen eine rassistische Begründung hinzu. Die visuelle und akustische Installation (eine türkische Fahne; „eine türkisch angehauchte Version von einem Nena-Song“) könnten als rassistisch gelten. Sie werden im Text jedoch nicht aufgegriffen. Dort richten die Bewohner im Land ihren anti-präsidialen Spott gegen das Staats-

Wesen geschildert, dessen Gier nach Sex, ob nun mit Tieren, Kindern, nach Sado-Maso-Art („Gummimasken“), mit Männern (homosexuell) oder im Gruppensex („Gangbang“), nirgends Halt macht.

Gegenüber ‚herkömmlichen‘ Beispielen der Dehumanisierung offenbart Böhmermanns Text freilich die Asymmetrie der Macht, die zwischen ihm, dem (kleinen) Sprecher und seinem (großen) Adressaten herrscht. Denn in der Regel richten – umgekehrt – machtvolle Sprecher die Aufforderung an ihre Klientel (die Wir-Gruppe), gegen gewisse Minderheiten (die Sie-Gruppe) vorzugehen, die sie zuvor mit Hilfe der Böhmermannschen „Straßenköter-Rhetorik“ (Max Moor in Titel-Thesen-Temperamente) gebrandmarkt oder für vogelfrei erklärt haben.

Dagegen geraten in Böhmermanns Text einige Bedingungen dehumanisierender Rhetorik durcheinander. So richtet der Sprecher den Text gegen einen einzelnen Adressaten, nicht gegen eine Opfergruppe. Er kann auch keine ‚Wir‘-Gruppe aufbieten, die er gegen diesen Adressaten ins Feld schicken könnte. Im Gegenteil steht der Sprecher allein, während jener Adressat gegen Opfergruppen (Kurden, Christen und Frauen) vorgeht.

Darüber hinaus zieht sich ein eklatanter Bildbruch durch das von Böhmermann aufgefahrene Arsenal der Sex-Zuschreibungen. So wird der Adressat zwar einerseits völlig über Sex definiert, zugleich aber als sexuell behindert oder sogar ‚impotent‘

überhaupt. Flagge und Song stehen eher für die nationalistische präsidiale Anmaßung, für das Land zu sprechen. Akustisch zitiert Böhmermann den ‚Nena-Song‘ aus extra 3-Satire, bedient aber mit dem ‚orientalischen‘ Gestus eine exotistische Stereotypik, die vom ‚despotischen Herrscher aus dem Morgenland‘.

gezeichnet (,sackdoof‘, ,kleiner Schwanz‘, ,Schrumpelklößen‘, ,so leer wie seine Eier‘).<sup>5</sup>

Nach aller Erfahrung führen Bildbrüche (Katachresen) jedoch paradoxer Weise zur Steigerung von herabsetzenden Textwirkungen. Textrezipienten stören sich in der Regel nicht am Widerspruch zwischen – wie im vorliegenden Fall – den Erzählmotiven der ,Sexbesessenheit‘ und denen der ,Impotenz‘. Bildbrüche können so zur Bekräftigung der Textbotschaft dienen. Um das Phänomen zu erklären, kommt man nicht ohne die Annahme einer semantischen, d.h. ,moralischen‘ Tiefenebene aus, auf der Herabsetzungen dieser Art ,kulturell‘ verstanden werden und auf der sich diese Widersprüche auflösen, bzw. Sinn bekommen.

Ein Hinweis darauf ergibt sich ja bereits auf der primären Textebene. So bezieht sich die ,Unfähigkeit‘ des Adressaten gar nicht auf Sex an sich, sondern wohl allein auf ,normalen‘ (heterosexuellen) Sex, der im Einklang steht mit einem am Gemeinwohl orientierten Kinderkriegen. Entsprechend des ,moralischen‘, d.h. kollektiven Ziels, auf das es dehumanisierende (d.h. hier homophobe/bodyistische<sup>6</sup>) Erzählungen eigentlich immer abgesehen haben, verweigert sich der Adressat genau dieser Hingabe an kollektive Erfordernisse (oder ist unfähig zu ihr) und ergeht sich stattdessen – als Inbegriff eines Trieb-Automaten – allein in der ego-zentrierten Befriedigung seiner ,animalischen‘ Bedürfnisse.

Daraus könnte man zumindest im Ansatz eine satirische Zielrichtung erschließen. Der Text würde dann einen Adressaten zeigen, der als erster Mann des

Staates – nicht zuletzt im Namen ,der Religion‘ – hohe und höchste moralische Ansprüche erhebt, in Wirklichkeit aber puren egoistischen Zielen hinterher jagt und jene aus dem Weg räumt, die ihm dabei in die Quere kommen. Doch diese Deutung scheint weit hergeholt. Dies zeigt ein Vergleich mit der anti-autoritaristischen Stoßrichtung jener extra 3-Satire, die Böhmermann offenbar zu seiner eigenen Intervention inspirierte. Dort war es das Ziel, das Machtstreben des Adressaten und sein Selbstbild heldischer Männlichkeit ad absurdum zu führen. Bei Böhmermann ist dieses Machtstreben als satirisches Objekt fast ganz aufgegeben, und was als anderer zu entlarvender, hoher ,moralischer‘ Anspruch an seine Stelle treten könnte, ist schwer auszumachen.

So bleibt letztlich nur die Einordnung des Textes, wie Böhmermann sie selbst vornimmt, nämlich als blankes Beispiel, wenn „du Leute diffamierst. Wenn du einfach nur so untenrum argumentierst, ne? Wenn du die beschimpfst und wirklich nur bei privaten Sachen, die die ausmachen, herabsetzt.“

Dann aber ergeben sich einige, darunter auch unangenehme Fragen.

So will Böhmermann mit Hilfe des ,Schmähgedichts‘ ja offenbar vorführen, was in Deutschland trotz aller Bekenntnisse zur Meinungsfreiheit „bestraft werden“ könnte und verboten wäre, wenn „das öffentlich aufgeführt wird“. Dem Adressaten des Gedichts wird sogar geraten „erst mal ,nen Anwalt“ zu suchen“. Dann ginge „man erst mal vor ein Amtsgericht. Einstweilige Verfügung, Unterlassungserklärung ... und dann geht man die Instanzen hoch, und irgendwann in drei, vier Jahren ...“ Strafnachlass gäbe es vielleicht, wenn man dafür sorgt, dass das Schmähgedicht nur in der „Mediathek“ steht, aber natürlich nicht im Internet.

Gewiss – Böhmermann skizziert damit ein Drehbuch, das danach – als Realsatire – Wirklichkeit wurde.<sup>7</sup> Nur bezieht sich das

7 Angela Merkel gab einer Strafverfolgung Böhmermanns gemäß § 103 StGB statt, auf der Grundlage eines Straftatbestands – den sie danach abschaffen möchte. Klaus Uhrig und Ronja Dittich kommentierten (in Titel-Thesen-Temperamente): „Wenn eine politische Entscheidung über Satire selbst wie Satire klingt, dann hat der Satiriker den größtmöglichen Siegen errungen. ... Böhmermann hat eine Regierungsentscheidung herausgefordert, die selbst wie Satire klingt. Vielleicht ist das der größte

5 Oliver Jahraus, Professor für Neuere deutsche Literatur und Medien an der Ludwig-Maximilians-Universität München, beflügelt Böhmermanns „Gedicht“ zu sexual-psychologischen Höhenflügen. [http://www.focus.de/kultur/kino\_tv/ist-es-wirklich-so-schlimm-pennaeler-haft-literaturprofessor-analysiert-das-boehmermann-schmaehgedicht\_id\_5433576.html] So ziele die „sexuelle, (anal-)sadistische, sodomitische Verunglimpfung“ Böhmermanns auf „die (sexuelle) Potenz“ der Macht, die „als konkrete Sexualekraft angreifbar“ werde. Die Macht werde (so Jahraus in einer nächst höheren Drehung) nicht nur „entlarvt, indem sie als Potenz, die versagt, vorgeführt wird“, vielmehr werde das Versagen „wiederum kompensiert durch die Perversion: Pädophilie, Sodomie, Sadismus“.

6 Die Begründung/Legitimation für eine dehumanisierende Herabsetzung ist dann *bodyistisch*, wenn sie mit Alter, Krankheit, bzw. Behinderung des Opfers/der Opfer argumentiert.

## Der NSU in bester Gesellschaft

Zwischen Neonazismus, Rassismus und Staat



Sebastian Friedrich | Regina Wamper | Jens Zimmermann (Hg.)

EDITION DISS

Jens Zimmermann, Regina Wamper, Sebastian Friedrich (Hg.)

### Der NSU in bester Gesellschaft

Zwischen Neonazismus, Rassismus und Staat

Edition DISS Band 37

168 Seiten, 18 Euro,

Der gesellschaftliche Umgang mit den Morden des NSU zeugt von seiner Einbettung in ein medial vermitteltes und institutionell verfestigtes Wissen über Migration, rassistische Gewalt und ihre Ursachen, bei dem Migration und Kriminalität eng miteinander verknüpft sind. Hat sich daran nach Aufdeckung des NSU etwas verändert?

Mit Blick in die 1990er Jahre werden die zentralen Faktoren ausgeleuchtet, die für die Entstehung und die Aktivitäten des NSU relevant waren. Ein Blick in die Gegenwart arbeitet die politischen, juristischen und medialen Auseinandersetzungen mit dem NSU nach Bekanntwerden seiner Morde und deren Effekte heraus. Schließlich geht es um die Frage, was der NSU und der gesellschaftliche Umgang mit ihm und den Morden für eine antifaschistisch und antirassistisch ausgerichtete Theorie und Praxis bedeutet.

Mit Beiträgen von Friedrich Burschel, Matthias Falter, Liz Fekete, Sebastian Friedrich, Ayşe Güleç, Derya Gür-Şeker, Felix Hansen, Lee Hielscher, Margarete Jäger, Lynn Klinger, Ulrich Peters, Katharina Schoenes, Maruta Sperling, Regina Wamper, Michael Weiss und Jens Zimmermann.



Klaus Holz / Heiko Kauffmann  
und Jobst Paul (Hg.)

## Die Verneinung des Judentums

Antisemitismus als religiöse  
und säkulare Waffe



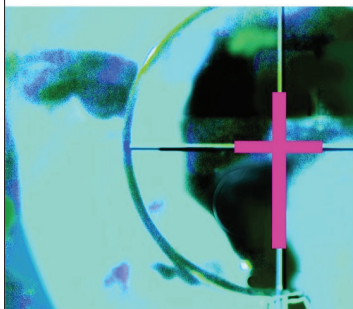
K. Holz / H. Kauffmann / J. Paul (Hg.)  
**Die Verneinung des Judentums**  
Edition DISS Band 22, 184 S., 22 Euro

Der Band umfasst eingehende Analysen antisemitischer Positionierungen auf den Diskursebenen der Medien, der Politik, der Wissenschaft, der Religion und des Alltags. Thematisiert wird die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und dessen gegenwärtige Wiederbelebung im Islamismus.

Regina Wamper

## Das Kreuz mit der Nation

Christlicher Antisemitismus in  
der Jungen Freiheit



Regina Wamper  
**Das Kreuz mit der Nation. Christlicher  
Antisemitismus in der Jungen Freiheit**  
Edition DISS Band 18  
208 S., 22 Euro

Religion und Glaube spielen in der Wochenzeitung *Junge Freiheit* eine zentrale Rolle. Dadurch werden Bilder von Juden und Judentum vermittelt, die längst vergessen schienen. Sie belegen, dass Antijudaismus eine immer noch aktuelle Form der Judenfeindschaft ist. Die diskursanalytische Studie untersucht die zentralen Themen dieser Diskurse.

Drehbuch nicht auf Satire, sondern auf die Praxis von hate speech, die offenbar von der Meinungsfreiheit gedeckt sein soll und zwar entlang des Rechtsgrundsatzes, den Böhmermann als emphatische Forderung an den Schluss seiner Erdogan-Intervention stellt: „Wer Rechte anderer einschränkt, dem gehören die Rechte eingeschränkt.“ Einen solchen Grundsatz würde man nun freilich eher bei Populisten vermuten, und selbst bei mildernden Umständen verrät er die Perspektive eines Unpolitischen, nicht aber den gestandenen Satiriker der Republik.

Und doch bleibt ein Verdienst Böhmermanns. Trotz höchster Beschimpf-Artistik fehlt ihm ja nicht nur die Macht, dem Herrscher eines fremden Landes damit Rechte entziehen zu können, sondern auch die Lust. Böhmermann steigert sich nicht in einen Furor der Beschimpfung hinein, sondern macht im Gegenteil während seiner ‚sachlichen‘ Demonstration eher desillusionierende Pausen. In sie baut er nicht nur situationskomische Brechungen ein, sondern schafft dort vor allem die Plattform für eine Beobachterposition, von der aus das Phänomen hate speech als etwas Hergestelltes durchschaubar und seiner ‚Naturwüchsigkeit‘ beraubt wird: Böhmermann lässt uns einen Blick in eine Werkstatt werfen, in der solche Texte zusammen gedreht werden.

Damit stellt er sich nicht zuletzt jenen entgegen, für die Praxis von hate speech ganz schlimm, deren Ent-Tabuisierung aber noch viel schlimmer ist und die daher beim Lesen lieber die Augen zumachen. So begründete das Landgericht Hamburg (324 O 255/16 vom 17. Mai 2016)<sup>9</sup> eine einstweilige Verfügung gegen das ‚Schmähgedicht‘ zwar mit dem „Aufgreifen rassistisch einzuordnender Vorurteile“, mit „einer religiösen Verunglimpfung“ sowie mit Hinweis auf die „sexuellen Bezüge“ des Textes, sah sich aber nicht in der Lage, den Nachweis für diese Urteile am Text selbst zu führen. Man behalf sich stattdessen damit, das ‚Schmähgedicht‘ in

einen separat verlinkten Anhang<sup>9</sup> abzu-legen und dort die - sozusagen par ordre du mufti - verbotenen Passagen rot zu unterlegen. Offenbar wollte sich das Gericht nicht selbst strafbar machen, indem es ‚etwas Verbotenes‘ in den Mund nahm.

Eine ganz andere Rechts- und Lesekultur demonstrierte das Verwaltungsgericht Berlin, das Böhmermanns Text die „distanzierende Einbettung in einen ‚quasi-edukatorischen Gesamtkontext‘“ bescheinigte, „um so die Grenzen der Meinungsfreiheit zu verdeutlichen“. Aber gerade deshalb untersagte es am 14. April 2016 (VG 1 L 268.16)<sup>10</sup> eine geplante „Versammlung gegenüber dem Grundstück der türkischen Botschaft in Berlin (Tiergartenstr. 19 – 21)“ mit dem Thema „Ziegen-Demo gegen Beleidigung“. Sie wurde als „stille Demonstration mit künstlerischen Schrifttafeln“ angemeldet. Die etwa zehn Teilnehmer sollten „Ziegenmasken oder Kopftücher“ und vor sich Schilder mit Teilen von „Schmähkritik“ tragen („ungefähr 50% des Gedichtes“ und „alles was mit Ziegen zu tun hat“). Das Gericht begründete das Verbot damit<sup>11</sup>, dass „die isolierte Zitierung des Gedichts die Voraussetzungen einer beleidigenden Schmähkritik“ erfülle und den ‚quasi-edukatorischen Gesamtkontext‘ nicht wahre.

Die komplexen, u.a. juristischen Entwicklungen, die Böhmermann losgetreten hat, rechtfertigen gewiss das Urteil des Göttinger Staatsrechtlers Alexander Thiele (auf dessen Analyse das Berliner Gericht sich stützte)<sup>12</sup>, dass Schmähkritik in dieser Form „jedenfalls (noch) nicht vorgetragen worden“ ist. Nur kleinliche Banausen werden da einwenden, dem ‚edukatorischen‘ Ziel wäre gewiss auch ohne Nennung eines konkreten Adressaten gedient gewesen. Doch zum Satz „Wer Rechte anderer einschränkt, dem gehören die Rechte eingeschränkt“, mit dem der Rechtsstaat hopsgehen muss, wird Böhmermann sich noch stellen müssen.

9 <http://justiz.hamburg.de/contentblob/6103298/6b1b7ae264e23809630af9d7716ef2fd/data/schmaehgedicht-jan-boehmermann-pdfanhang.pdf>

10 <https://openjur.de/u/882545.html>

11 <http://www.berlin.de/gerichte/verwaltungsgericht/presse/pressemitteilungen/2016/pressemitteilung.468701.php>

12 <http://verfassungsblog.de/erlaubte-schmaehkritik-die-verfassungsrechtliche-dimension-der-cause-jan-boehmermann/>

Erfolg, den man als Satiriker haben kann. ... Böhmermanns Test in Sachen Kunstfreiheit hat perfekt funktioniert.“ Vgl. <http://mediathek.daserste.de/tt-titel-thesen-temperamente/Der-Fall-B%C3%B6hmermann/Das-Erste/Video?documentId=34733096&topRessort&bcastId=431902>

8 <http://justiz.hamburg.de/oberlandesgericht/6103290/pressemeldung-2016-05-17-olg-01/>

# Nationaler Wettbewerbsstaat auf völkischer Basis

## Das AfD-Grundsatzprogramm

Von Helmut Kellershohn

**Parteiprogramme sind Momentaufnahmen in der Entwicklung von Parteien. Auch im Falle der AfD könnte das neue Programm durch die weitere Entwicklung der Partei schon bald überholt sein. Die Positionskämpfe in der Partei gehen weiter, so dass das Gesicht der Partei demnächst sehr viel stärker durch den völkischen Flügel geprägt sein könnte, als das Programm mit seiner derzeitigen Kompromissstruktur anzeigt. Allerdings lässt sich das Urteil Oskar Lafontaines, die AfD sei ein Bestandteil des neoliberalen Blocks, auch schon am jetzigen Parteiprogramm nur bedingt verifizieren. Die ideologischen Elemente, die in die Richtung einer deutschnationalen und völkischen Bewegungspartei weisen, sind bereits im Programm enthalten und bräuchten nur weiter ausgebaut werden.**

Schon jetzt steht das Programm unter einem ‚nationalen Imperativ‘, der sich wie ein roter Faden durchzieht. Er verbindet die im Geiste des deutschen Ordoliberalismus stehenden neo(national)liberalen Komponenten mit christlich-konservativen, völkisch-nationalistischen und direkt-demokratischen Positionen. Es geht im Folgenden um dieses ideologische Grundgerüst, nicht so sehr darum, die vielen Detailforderungen des Programms aufzulisten.

### „Ein schlanker, aber starker Staat“

Der neo(national)liberale Komplex setzt sich aus zwei Komponenten zusammen: aus dem Plädoyer für eine Renationalisierung der Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik – gegen EU, Euro oder TTIP – sowie aus dem Eintreten für eine neoliberale Wirtschaftspolitik im Innern. Beginnen wir mit dem Letzteren.

Die Forderung nach einem „schlanke[n] Staat für freie Bürger“ ist wenig originell, sondern greift auf Debatten in den 1990er Jahren zurück, als etwa Wolfgang Schäuble in *Und der Zukunft zugewandt* (1994) die angeblich ‚überfetteten‘ sozialstaatlichen Apparaturen mit dem Bild der „Milchkuh“ (Arnold Gehlen) denunzierte. Durch den ‚ausufernden‘ Wohlfahrtsstaat würden die klassischen Funktionen des Staates in den Hintergrund gedrängt. Daran knüpft die AfD an, wenn sie eine Konzentration auf vier Aufgabenbereiche verlangt: innere und äußere Sicherheit, Justiz, Auswärtige Beziehungen und Finanzverwaltung. Die Übernahme sonstiger Aufgaben bedürfe

„besonderer Rechtfertigung“. Der Begriff Sozialstaat jedenfalls taucht nur ein einziges Mal im Programm auf. Die Klimaschutzpolitik wird abgelehnt.

Die ‚Verschlankung‘ des Staates müsse sich sodann in einer entsprechenden Senkung der Staatsquote niederschlagen. Die AfD folgt hier der offiziellen Austeritätspolitik, will diese aber um eine „verbindliche“ Abgaben- und Steuerbremse ergänzen, „um die maximale Summe der Belastung auf einen bestimmten Prozentsatz im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt festzuschreiben.“ Der finanzielle Spielraum des Staates soll damit weiter eingeschränkt werden.

Daneben plant die Partei einen neuen „Einkommensteuertarif mit wenigen Stufen und eine[m] deutlich höheren Grundfreibetrag“, in Anlehnung an das Stufenmodell des ehemaligen Verfassungsrichters Paul Kirchhof – ein Modell, von dem Besserverdienende am meisten profitieren würden, weil sie im Vergleich zum heute geltenden Recht viel mehr entlastet werden. Die Erbschafts- und Vermögenssteuer will die Partei ganz abschaffen, die für die Kommunen so wichtige Gewerbesteuer soll auf den Prüfstand gestellt werden. Woher die fehlenden Einnahmen kommen sollen, sagt die AfD nicht.

Die Begründung für die Rückführung der staatlichen Aufgaben und die Senkung der Staatsquote greift zurück auf die sog. „Ordnungsethik“ des deutschen Ordoliberalismus. Man beruft sich explizit auf Walter Eucken, Alfred Müller-Armack und Wilhelm Röpke. Deren Unterscheidung von reiner Marktwirtschaft und Kapitalismus begreift Letzteren als miss-

ratende Abweichung vom Ideal des freien Wettbewerbs und der vollständigen Konkurrenz. Um zu verhindern, dass es zu einer Vermachtung der Märkte kommt, bedarf es der ordnenden Hand des Staates, der die Rahmenbedingungen setzt und sie auch garantiert, selbst aber nicht als ökonomischer Spieler auftritt und so wenig wie möglich in das System der freien Konkurrenz eingreift. Er soll also ein durchaus „starker Staat“ sein, nämlich in Bezug auf diese Ordnungsfunktion und die zu erfüllenden Kernaufgaben sowie in Bezug auf die Aufgaben, um deren Berechtigung sich die AfD besonders bemühen will. Die Staatsfinanzen müssen folglich entsprechend umverteilt werden, wenn man bei der Abgaben- und Steuerbremse bleiben will. Es sind vor allem folgende Bereiche, in die die AfD Steuergelder fließen lassen will:

**1. Innere Sicherheit:** Im Innern will die AfD einen „sicherheitspolitischen Befreiungsschlag, um den Schutz der Bürger an [die] erste Stelle setzen“ zu können. Der Personalabbau bei der Polizei soll gestoppt und mehr Stellen eingerichtet werden. Die Justiz soll schneller, zuverlässiger und vor allem härter bestrafen (z.B. Strafmündigkeitsalter auf 12 Jahre, schärfere Bestrafung jugendlicher Straftäter). Im Widerspruch dazu steht die scheinheilige Kritik am „Überwachungs- und Bevormundungsstaat“, wenn die AfD gegen „freiheitsbeschränkende Eingriffe“ beim Waffenrecht plädiert.

**2. Äußere Sicherheit:** Die Bundeswehr ist für die AfD „Eckpfeiler deutscher Souveränität“ und ein wichtiges Instrument zur Durchsetzung nationaler Interessen, etwa im Rahmen der NATO. Die Einsatzfähigkeit müsse sich an den „Herausforderungen künftiger Konflikte“ orientieren und höchstem internationalem Standard entsprechen. Weltspitze soll auch die nationale Rüstungsindustrie sein. Die AfD will die Wiedereinführung der Allgemeinen Wehrpflicht für Männer.

**3. Mittelstandspolitik:** Diese gehört zu den Aufgaben, für die die AfD eine besondere Berechtigung sieht, denn der Mittelstand sei das „Herz unserer Wirtschafts-

kraft“. Die AfD will für den Mittelstand über die steuerrechtlichen Korrekturen, Bürokratieabbau, Deregulierung hinaus Vereinfachungen bei der betrieblichen Statistik, beim betrieblichen Beauftragtenwesen, bei betrieblichen Sicherheitsbestimmungen und beim Mindestlohn, den man ursprünglich ganz abgeschafft sehen wollte. Wie man dem Mittelstand beim Mindestlohn entgegenkommen will, wird nicht gesagt.

**4. Familienpolitik:** Die Familienpolitik beruht auf drei Pfeilern: Erstens auf vermeintlich sicheren Prognosen zur demographischen Entwicklung, die das Schlimmste befürchten ließen. Zweitens auf einer Ablehnung der sog. Masseneinwanderung vor allem aus islamischen Ländern, worauf ich später näher eingehe. Drittens auf einem christlich-konservativen Verständnis von Ehe und Familie als „Keimzellen der bürgerlichen Gesellschaft“. Die AfD will grundsätzlich „gewachsene kulturelle [...] Traditionen und bewährte Institutionen“ bewahren, insofern sie „Halt und Bindung“ gewährleisten. Sie garantieren „den über Generationen gewachsenen gesellschaftlichen Zusammenhalt“ und müssen daher unter dem „besonderen Schutz des Staates“ stehen. Die traditionelle Familie soll daher wieder „Mittelpunkt der Familienpolitik“ werden. Staatliche Erziehungsinstanzen im vorschulischen Bereich (Kita) werden als Eingriff in das elterliche Erziehungsrecht betrachtet. Gender Mainstreaming, die angebliche Frühsexualisierung und generell der Kult der Individualität untergraben „die Familie als wertgebende gesellschaftliche Grundeinheit.“ Die AfD fordert daher eine erhebliche Ausweitung der politischen, moralischen und finanziellen Unterstützung der traditionellen Familie, speziell für Mehrkeimfamilien.

Halten wir fest: Das Gesellschaftsbild der AfD ist zunächst neoliberal geprägt. Gesellschaft ist in ihren Augen vor allem eine Wettbewerbsgesellschaft mit marktradikalen Zügen und Gemeinschaftsinstitutionen, die die prekäre Konkurrenz der Marktsubjekte durch „Halt und Bindung“ kompensieren sollen. Der Staat soll sich zwar weitgehender Eingriffe enthalten und seine Aufgaben qualitativ wie quantitativ begrenzen, also schlanker Staat sein, andererseits aber so stark sein, dass er die Sicherheit der Marktteilnehmer nach innen und außen garantieren, die Gemeinschaftsinstitutionen und den Mittelstand

erhalten kann. Die Verlagerung der staatlichen Aufgaben und Ressourcen in diese Bereiche konstituiert den Staat, um einen Ausdruck von Joachim Hirsch zu gebrauchen, als nationalen Wettbewerbsstaat. Denn das ist die eigentliche Aufgabe des Staates, in der Konkurrenz der Nationalstaaten die Nation zu mobilisieren und fit zu machen.

### Völkischer Nationalismus

Aus Sicht der AfD ist freilich die Transnationalisierung der Nationalstaaten, wie sie in Europa zur Herausbildung der EU und zur Bildung einer Währungsunion geführt hat, eine Fehlentwicklung, die revidiert werden muss. Es geht der AfD um die Rückentwicklung von Kompetenzen, die auf die zentralen Institutionen der EU und der Währungsunion übertragen worden sind. Als Ziel schwebt der AfD eine Rückkehr zu einer Wirtschaftsgemeinschaft (Freihandelszone) vor, wie sie vor Maastricht bestanden hat, und die Auflösung des Euro. Abgelehnt wird aber auch TTIP.

Die politische Gestalt eines zukünftigen Europas ist folglich auch nicht die eines europäischen Bundesstaates. Ziel ist vielmehr ein „Europa der Vaterländer“ oder explizit völkisch gewendet, wenn auch nicht im Programm stehend, ein „Europa der Völker“. Letzteres ist aber intendiert, wenn die AfD die Rückkehr zu einem Staatsbürgerschaftsrecht verlangt, das auf dem Abstammungsprinzip beruht. Im völkisch-nationalistischen Sinne ist damit ein ‚Volk‘ imaginiert, das sich durch eine genealogische Kontinuität und ethnisch-kulturelle Homogenität über Jahrhunderte hinweg auszeichnet. Das Volk ist in diesem Verständnis eine Art Kollektiv-Subjekt und bildet die Grundlage der Nation. Volk ist aber auch im völkischen Sinne eine ‚Zeugungsgemeinschaft‘, weshalb die oben skizzierte Familienpolitik problemlos auch völkisch interpretiert werden kann.

Nun kann man die völkische Idee der Abstammung durchaus unterschiedlich verstehen. Je stärker das Reinheitsprinzip betont wird, desto mehr gerät die Existenz des Volkes in den Rang einer natürlichen, biologisch gesicherten Tatsache und kann problemlos mit dem Rassengedanken kombiniert werden. Anders das AfD-Programm, das mit einem flexibleren, kulturalistisch gewendeten Volksbegriff

aufwartet. Hier hat eine Modernisierung stattgefunden, die vor allem von Teilen der Neuen Rechten in den letzten Jahren vorbereitet wurde (z.B. in der Frage der Zuwanderung). Ethnische Homogenität wird hier also primär als „kulturelle Einheit“ verstanden, die auf „unverwechselbaren Eigenheiten“ beruhe. Sie speise sich aus den drei Quellen Christentum, wissenschaftlich-humanistische Tradition und römisches Recht. Aber auch die deutsche Sprache sei wichtig, sie sei das „Zentrum unserer Identität“, sie beruhe auf einer „natürlich gewachsene[n] Kultur und Tradition“. Aus diesen Bestimmungen leitet die AfD Forderungen ab, die die ethnisch-kulturelle Identität durch eine Reihe von Abgrenzungen konkretisieren sollen, darunter Maßnahmen zur Stärkung der deutschen Sprache, zur national-identitären Ausrichtung des Geschichtsbildes und zur festen Verankerung einer „deutschen Leitkultur“ (gegen Multikulturalismus).

Als wichtigstes Kampffeld hat sich die AfD den Islam auserkoren, wobei man in das Dilemma gerät, die grundsätzliche Ablehnung des Islams („Der Islam gehört nicht zu Deutschland“) mit der im Grundgesetz verankerten Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit in Einklang zu bringen. Im Leitantrag der Bundesprogrammkommission behalf man sich damit, dass man von einem „orthodoxen Islam“ sprach, „der unsere Rechtsordnung nicht respektiert oder sogar bekämpft und einen Herrschaftsanspruch als allgemeingültige Religion erhebt“. Ein solcher Islam sei „mit unserer Rechtsordnung und Kultur nicht vereinbar.“ Man gab also zu, dass es auch einen anderen Islam gibt (oder geben könnte), als den hier beschriebenen. Und empfahl die Unterstützung für einen ‚Reform‘-Islam.

Auf dem Parteitag kam es dann zu einer Verschärfung, die von der Patriotischen Plattform lanciert wurde. Praktisch wird nun dem Islam jedwede Reformfähigkeit abgesprochen, was im Prinzip bedeutet, dass der Islam eigentlich aus Deutschland verschwinden sollte. Der Islam wird damit in Gänze zum Feind erklärt. Sanktionen gegen ‚verfassungsfeindlich‘ agierende Imame, Abschaffung islamtheologischer Lehrstühle, das Verbot von Minaretten, des Muezzinrufs, der Vollverschleierung oder des Kopftuchs bei Lehrerinnen und Schülerinnen in staatlichen Bildungseinrichtungen können als



Minimalforderungen verstanden werden, die jeder Zeit durch weitergehende Forderungen ergänzt werden könnten.

Die Haltung der AfD zur Zuwanderung ist, gerade mit Blick auf die Zuwanderung von Muslimen, äußerst restriktiv. Das Asylrecht als Grundrecht soll abgeschafft und durch eine institutionelle Garantie ersetzt, ein internationales Abkommen wie die Genfer Konvention „an die globalisierte Gegenwart mit ihren weltweiten Massen-Migrationen“ angepasst werden. Die EU-Personenfreizügigkeit soll nach Maßgabe nationalstaatlicher Interessen ausgerichtet, legale Einwanderung aus Drittstaaten nach „qualitativen Kriterien“, orientiert am kanadischen Modell, „maßvoll“ gestaltet und Integration im Prinzip als Assimilationsleistung eingefordert werden. Die imaginierte ‚völkische Ordnung‘, so die Quintessenz, darf eben nicht durch eine „Multi-Minoritätengesellschaft“ ersetzt werden.

### Umbau des Staates

Die AfD will einen Umbau des Staates. Das Vehikel dazu ist die Forderung nach einer direkten Demokratie, wobei man sich auf das Schweizer Vorbild beruft. Die AfD geht davon aus, dass in Deutschland die Volkssouveränität eine Fiktion sei. „Heimlicher Souverän“ ist „eine kleine, machtvoll politische Führungsgruppe innerhalb der Parteien“, eine „politische Klasse von Berufspolitikern“, die sich um ihr eigenes „Wohlergehen“ und ihre Macht kümmert und den Staat „ausbeutet“. Generell will man die Macht der Parteien beschränken, da sie den Staat ausbeuten. Paradoxerweise konstituiert sich die AfD selbst als Partei, will aber ein ganz anderer Typ Partei sein als die von ihr kritisierten Altparteien. Wie geht das?

Es gibt im Programm eine interessante Formulierung: Die Abgeordneten seien „Mandatare“ der Bürger, nicht der Parteien. Das widerspricht natürlich dem Grundgesetz, das von einem freien Mandat der Parlamentarier ausgeht, auch wenn in der Praxis der Fraktionszwang überwiegt. Allerdings fordert die AfD auch nicht das imperative Mandat, wie wir es aus der Rätebewegung kennen. Und wir kennen aus der athenischen Demokratie das Prinzip des Losverfahrens. Soviel Radikalität traut sich die AfD offensichtlich nicht zu.

Die Idee des Mandatars verweist auf etwas anderes. Erinnern wir uns an den völkischen Volksbegriff. Das Volk als Kol-

lektiv-Subjekt ist keine empirische Größe, das man gewissermaßen am Stammtisch vorfindet. Das Volk ist vielmehr eine Art metaphysische Größe, die aber mit Willen und Geist (Volksgeist) ausgestattet ist. Wie aber kann man den Willen des Volkes erkennen? In Wahlen können lediglich empirisch Mehrheiten festgestellt werden. Mehrheiten sind aber nicht gleichbedeutend mit dem Willen des Volkes (als metaphysischem Subjekt), sondern immer nur Bestandteil eines plural zusammengesetzten Meinungsspektrums. Wenn dagegen der Populist (oder der völkische Nationalist) sich auf das Volk beruft, es gegen die Eliten in Stellung bringt, dann kann er das nur, weil er ein „moralisches Alleinvertretungsrecht“ (Jan-Werner Müller) in Anspruch nimmt. Mit anderen Worten: Der Populist weiß immer schon, was das Volk denkt und was des Volkes Wille ist. Er repräsentiert das, ob er nun gewählt wird oder nicht. Er ist eben Mandatar des Volkes bzw. der Bürger, was heißt, er unterschiebt dem sog. Volk das, was er als Volkswille behauptet. Gewinnt er damit Abstimmungen, umso besser.

Geht man von diesen Überlegungen aus, so ist das, was die AfD zur direkten Demokratie schreibt, ein Fake. Es geht gar nicht darum, den Bürgern eine größere Teilhabe am politischen Geschäft zu verschaffen. Vielmehr geht es darum, erinnern wir uns an die Weimarer Republik, Volksbegehren und Volksentscheide gegen das System der parlamentarischen Demokratie, gegen das Parteiensystem in Stellung zu bringen. In dieser Hinsicht ist eine weitere Forderung auf dem AfD-Parteitag in das Programm gerutscht, nämlich die Direktwahl des Bundespräsidenten, um diesen in seinem Amt aufzuwerten. Das erinnert ebenfalls an die Weimarer Republik, denn die parlamentarische Demokratie wurde nicht nur von der Seite direktdemokratischer Verfahren, sondern auch von der Rolle des Reichspräsidenten in der Verfassung in die ‚Zange‘ genommen. Und wir wissen, dass die extreme Rechte in der Weimarer Republik sich die Stärkung der Autorität des Reichspräsidenten (plebiszitär abgesichert) auf die Fahnen schrieb, um die Republik aus den Angeln zu heben. Davon ist die AfD sicherlich noch weit entfernt, aber sie strebt, getragen vom angeblichen ‚Volkswillen‘, parlamentarische Mehrheiten an, mit denen sie möglicherweise den Umbau des Staates in diese Richtung betreiben könnte.

### »Wir für Euch«

Die Wirksamkeit des Rechtspopulismus in Zeiten der Krise



Sebastian Reinfeldt

EDITION  
DISS

Sebastian Reinfeldt

»Wir für Euch«

Die Wirksamkeit des

Rechtspopulismus in Zeiten der Krise

Edition DISS Bd. 33; Münster: Unrast

144 S., 16 Euro.

Wie prägen und begründen diskursive Muster, die rechtspopulistischen Parteien und Strömungen zugerechnet werden können, den politischen Diskurs zur Finanzkrise und die politischen Entscheidungen? Wie verändern sich dadurch die Machtverhältnisse und die Demokratie – samt unserer Vorstellungen davon, was Demokratie eigentlich ist?

Die Inszenierung der europäischen Finanzkrise als permanenter Notstand bietet der rechtspopulistischen Interpretation eine tägliche Bühne, auf der rassistische Ein- und Ausschlüsse und autoritäre Politikmuster vorgestellt und propagiert werden.

Zugleich übersetzt die Regierungspolitik der hegemonialen EU-Staaten – untersucht werden insbesondere Deutschland und Österreich – diesen inszenierten Notstand und seine rechtspopulistischen »Begründungen« in eine Politik, die eine nationale Einheit im Zuge der Krise herstellt und die die ökonomischen und politischen Kräfteverhältnisse in Europa dauerhaft verändert. Die Verfahrensweisen der Demokratie scheinen dabei ihre Substanz zu verlieren und sie laufen leer. So werden sie zunehmend durch autoritäre und populistische Plebiszite ersetzt – was eines der Hauptanliegen des rechten Populismus ist.

# Entfremdung: Renaissance eines Begriffes

Von Wolfgang Kastrup

**Lange verpönt und kritisiert erlebt der Begriff der Entfremdung in den Sozialwissenschaften und der Philosophie als Schlüsselbegriff eine Wiedergeburt, allerdings mit unterschiedlicher Bedeutung. So will Rahel Jaeggi den „sozialphilosophischen Gehalt des gescholtenen Begriffes für die Gegenwart [...] retten“, denn wir kämen kaum umhin „individuelle Formen des Lebens als entfremdet zu beschreiben.“ (Jaeggi, 8) Während Jaeggi das Entfremdungsproblem mehr auf der individuellen Ebene verortet, sieht Christoph Henning in den Entfremdungserfahrungen in der Arbeit eine wachsende Bedeutung und bezieht den Begriff auch auf globale und klassenübergreifende Strukturen (vgl. Henning, 12). Die zunehmende Ökonomisierung des alltäglichen Lebens, verursacht durch den Neoliberalismus als Regulationsform des Kapitalismus, hat m.E. dafür gesorgt, dass der gesellschaftskritische Begriff der Entfremdung eine Wiederbelebung erfahren hat.**

Zwar gibt es den Entfremdungsbegriff schon bei Rousseau, bei Schiller, Humboldt, Fichte, bei Hegel, Feuerbach und Moses Hess, doch erst mit Marx, von Hegel und Feuerbach beeinflusst, gewinnt der Begriff eine besondere Bedeutung zur Erklärung sozial-ökonomischer Verhältnisse. Marx unterteilt Entfremdung in den „Ökonomisch-philosophischen Manuskripten“ („Pariser Manuskripten“) von 1844, erstveröffentlicht 1932, immer unter der Voraussetzung der herrschenden kapitalistischen Produktionsweise, vierfach: 1. Entfremdung zu den eigenen Produkten. „Der Gegenstand, den die Arbeit produziert, ihr Produkt, tritt ihr als fremdes Wesen, als eine von dem Produzenten unabhängige Macht gegenüber. Das Produkt der Arbeit, die sich in einem Gegenstand fixiert, sachlich gemacht hat, es ist die Vergegenständlichung der Arbeit.“ (MEW, 40, 511f.) Das bedeutet, dass der Produzent über die Gegenstände der eigenen Herstellung keine Verfügung hat, da sie ihm nicht gehören. Auch über den Warentausch auf dem Markt hat er keinen Einfluss. 2. Entfremdung zur eigenen Tätigkeit. „Aber die Entfremdung zeigt sich nicht nur im Resultat, sondern im Akt der Produktion, innerhalb der produzierenden Tätigkeit selbst. Wie würde der Arbeiter dem Produkt seiner Tätigkeit fremd gegenüberstehen können, wenn er im Akt der Produktion selbst sich nicht selbst entfremdete?“ (MEW 40, 514) Die eigene Arbeit wird ihm fremd, da er nicht über sie verfügen kann, da die Arbeit fremdbestimmt ist, unfrei und gezwungen. Er steht unter dem Kommando des Kapitalisten, hat also keine Macht über sich selbst. 3. Entfremdung vom „Gat-

tungswesen“. Dies bedeutet bei Marx, dass die entfremdete Arbeit „das Gattungswesen des Menschen, [...] zu einem ihm fremden Wesen, zum Mittel seiner individuellen Existenz“ mache. „Sie entfremdet dem Menschen seinen eignen Leib, wie die Natur außer ihm, wie sein geistiges Wesen, sein menschliches Wesen.“ (MEW 40, 517) Ein produktives und sinnvolles Leben im Sinn einer freien und bewussten Tätigkeit ist so nicht möglich, da die Arbeitskraft des Menschen als Ware als Mittel zum Zweck kapitalistischer Profiterzielung dient. 4. Entfremdung zu den anderen Menschen. Für Marx ist diese Entfremdung die Konsequenz aus den drei vorhergehenden Formen. „Was von dem Verhältnis des Menschen zu seiner Arbeit, zum Produkt seiner Arbeit und zu sich selbst, das gilt von dem Verhältnis des Menschen zum andren Menschen, wie zu der Arbeit und dem Gegenstand der Arbeit des andren Menschen.“ (MEW 40, 518) Entfremdet arbeitende Menschen verhalten sich gleichgültig zueinander, sie haben keine Kontrolle über ihre Arbeit und die zunehmende Dynamik des Konkurrenzdrucks verschärft die Arbeitssituation.

Der Marxsche Entfremdungsbegriff stand und steht in der Kritik, anthropologisch konzipiert zu sein. So schreibt Michael Heinrich, dass die Wirklichkeit „mit einem idealen menschlichen Wesen konfrontiert“ werde, wobei festgestellt werde, dass eine Nichtübereinstimmung zwischen Existenz und Wesen bestehe, eine Entfremdung vom wirklichen Wesen. (Heinrich, 118). Er sieht hier einen Anthropologismus bei Marx, bei dem „frühen“ Marx. Diese Kritik bezieht sich u.a. auf folgende Textstelle in den Ökonomisch-philosophischen Manuskripten: „Der Kommunismus als positive Aufhebung des Privateigentums als menschlicher Selbstentfremdung und darum als wirkliche Aneignung des menschlichen Wesens durch und für den Menschen [...]“. (MEW 40, 536) Marx habe sich selbst, so Heinrich, von dieser Vorstellung eines menschlichen Wesens „im Sinne eines dem Individuum ‘innewohnenden Abstraktums’, einer ‘Gattung’“ distanziert und bezieht sich dabei auf die 6. und 7. These über Feuerbach, in denen Marx vom Wesen immer nur als „das ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse“ spreche und „das abstrakte Individuum, das dieses Gattungswesen in sich tragen soll, selbst ein gesellschaftliches Produkt ist.“ (Heinrich, 133) Eine vergleichbare Kritik äußere Marx in der Deutschen Ideologie. An die Stelle des „menschlichen Wesens“ würden bei Marx als grundlegendes begriffliches Konzept die „gesellschaftlichen Verhältnisse“ treten (Heinrich, 138). Die Auffassung, auch im Kapital sei eine Entfremdungstheorie zu finden, weist er als falsch zurück. In den Textstellen in der Deutschen Ideologie, in den Grundrissen, im Kapital, in den Theorien über den Mehrwert, in denen von

---

„Die zunehmende Ökonomisierung des alltäglichen Lebens, verursacht durch den Neoliberalismus als Regulationsform des Kapitalismus, hat dafür gesorgt, dass der gesellschaftskritische Begriff der Entfremdung eine Wiederbelebung erfahren hat.“

---

„fremd“ die Rede sei, gehe es um „die Verselbständigung des gesellschaftlichen Zusammenhangs gegenüber den einzelnen Individuen.“ Würde dies als „Kontinuität der Entfremdungsproblematik behauptet“, so würde nicht gesehen, dass „die Konstatierung dieser Verselbständigung [...] gerade nicht auf ein menschliches Wesen rekurriert, von dem die Menschen entfremdet sind.“ (Ebd., 142) Er sieht also einen inhaltlichen „Bruch“ zwischen dem „frühen“ Marx der Ökonomisch-philosophischen Manuskripte und dem „späten“ Marx der Deutschen Ideologie und des Kapitals.

Kritik an Heinrich kommt u.a. von Christian Schmidt, der deutlich macht, dass der unterstellte Wesensbegriff durch den Text nicht gedeckt sei. Es finde sich keine Ausarbeitung einer angeblichen Anthropologie. Marx zu unterstellen, dass ein Wesen im Individuum wohne, sei unhegelianisch und unplausibel, da schon bei Hegel, der ja Marx stark beeinflusste, der Begriff Wesen von dem Sein nicht getrennt werden könne. So müsse das Individuum als gesellschaftliches Wesen verstanden werden (vgl. Schmidt, 90/91). In der Tat, Marx spricht auch in den Ökonomisch-philosophischen Manuskripten von dem Menschen als einem gesellschaftlich Tätigen: „[...]so bin ich gesellschaftlich, weil als Mensch tätig.“ Und wenig später heißt es: „[...]mein eignes Dasein ist gesellschaftliche Tätigkeit; darum das, was ich aus mir mache, ich aus mir für die Gesellschaft mache und mit dem Bewußtsein meiner als eines gesellschaftlichen Wesens.“ (Marx, 40, 538) Deutlich wird, dass Marx hier keineswegs anthropologisch argumentiert, sondern schon ganz im Sinne der 6. und 7. Feuerbachthese. Dies zeigt m.E., dass Marx in ein und demselben Text das Wesen des Menschen einmal anthropologisch, das andere Mal gesellschaftlich bestimmt, selbst also in dieser Frage noch gespalten ist. Für Herbert Marcuse ist das Besondere der Frühschriften von Marx „die erste explizite Erörterung des Prozesses der Verdinglichung“, wodurch in der kapitalistischen Gesellschaft „alle persönlichen Beziehungen zwischen den Menschen die Form gegenständlicher Beziehungen zwischen Dingen annehmen.“ (Marcuse, 246) Da Marx diesen von Marcuse erwähnten Prozess später im Kapital in dem berühmten Kapitel über den „Fetischcharakter der Ware und sein Geheimnis“ aufgreift und weiterführt, kann

nur so gedeutet werden, dass Marcuse das Kapital als kategoriale Weiterentwicklung der Frühschriften interpretiert und so das Eine nicht ohne das Andere zu haben ist. Marcuse bringt die Entfremdung mit der kapitalistischen Negativität in Beziehung. „Die Negativität der kapitalistischen Gesellschaft liegt in ihrer Entfremdung der Arbeit; die Negation dieser Negativität wird mit der Abschaffung der entfremdeten Arbeit zustande kommen.“ (Ebd., 249)

Wird die Entfremdungsproblematik nicht nur sozialphilosophisch (der einzelne Mensch kann sich mit der gesellschaftlichen Lebensform nicht mehr identifizieren) und nicht nur ethisch („Lebensgefühl der Gleichgültigkeit und Indifferenz“) wie bei Jaeggi gedeutet (vgl. Jaeggi, 14/15), sondern als gesellschaftskritische Begrifflichkeit, die ihren Ausgangspunkt in der Organisation kapitalistischer Produktion und ihren Widersprüchen hat, aber auch fortgeführt in gesellschaftlichen wie politischen Dimensionen zu sehen ist, so z.B. in Ohnmachtsgefühlen der Individuen gegenüber politischen Prozessen, so ist die Thematik keineswegs veraltet, sondern sehr aktuell. Wird zudem die weitgehende anthropologische Deutung des Begriffs in den Ökonomisch-philosophischen Manuskripten durch Marx und seine spätere Distanzierung, ebenfalls durch ihn als Entwicklungsschritt von der „Verdinglichung“ zum „Warenfetischismus“ interpretiert und so die entfremdete Arbeit als Kategorie mit der Kategorie der abstrakten Arbeit verbunden, dann zeigt sich hier eine aktuelle gesellschaftskritische Analyse für die Negativität kapitalistischer Gesellschaft.

Wolfgang Kastrup ist Mitarbeiter des DISS.

## Literatur

Heinrich, Michael 1999: Die Wissenschaft vom Wert, 2. überarb. und erw. Auflage, Münster.

Henning, Christoph 2015: Theorien der Entfremdung, Hamburg.

Jaeggi, Rahel 2005: Entfremdung, Frankfurt/M.

Marcuse, Herbert 1972: Vernunft und Revolution, Darmstadt und Neuwied.

Marx, Karl 2012: Ökonomisch-philosophische Manuskripte [zuerst 1844], in: MEW Bd. 40, 3. überarb. und erw. Auflage, Berlin, 465-588.

Schmidt, Christian 2005: Entfremdung und die Reproduktion der Unvernunft, in: Marx-Engels Jahrbuch 2005, Berlin, 86-105.



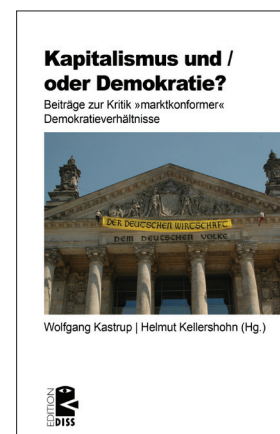
Helmut Kellershohn, Jobst Paul (Hg.)

## Der Kampf um Räume

Neoliberale und extrem rechte Konzepte von Hegemonie und Expansion

Edition DISS Band 34, 224 S., 19,80 Euro

Der Band widmet sich aktuellen Aneignungsweisen und Transformationen gesellschaftlicher und politischer Räume und untersucht darauf bezogene Diskurse. Im Mittelpunkt stehen urbane Räume, die unter einem gewaltigen Veränderungsdruck stehen, der die städtische Bevölkerung soziokulturell und sozialräumlich immer weiter auseinander zu rücken droht. Der zweite Schwerpunkt, »Europa als hegemoniales Raumkonzept«, beschäftigt sich mit einer globalen geopolitischen Perspektive, die sich aus der derzeitigen Krise des Euroraums ergibt.



Helmut Kellershohn,

Wolfgang Kastrup (Hg.)

## Kapitalismus und / oder Demokratie?

Beiträge zur Kritik »marktkonformer« Demokratieverhältnisse

Edition DISS Band 36, Münster: Unrast

140 S., 18 Euro.

Der Band widmet zum einen dem Verhältnis von Demokratie, Neoliberalismus und Kapitalismus thematisiert; zum anderen wird der Frage einer Fundamental-Demokratisierung von Politik und Gesellschaft nachgegangen.





## Beinahe zehn Jahre nach Veröffentlichung der Erstausgabe ist nun die dritte, erweiterte und überarbeitete Auflage des „Lexikons der Vergangenheitsbewältigung“ erschienen.

*Eine Rezension von Philipp Erdmann*

Neben Aktualisierungen der bisherigen Einträge ist das Nachschlagewerk um 93 Seiten und 21 neue Artikel ergänzt worden. Beides ist dabei vor allem auf die Verlängerung des zeitlichen Horizonts der berücksichtigten Debatten und Ereignisse vom Jahr 2002 auf 2008 zurückzuführen, mit der die Herausgeber der „Unabgeschlossenheit des dokumentierten Gegenstandes Rechnung tragen“ wollen, wie sie auch schon im weiterhin vorangestellten Vorwort zur Erstausgabe betonten.<sup>1</sup> Darüber hinaus haben Torben Fischer und Matthias Lorenz bestehende Kapitel mit Beiträgen beispielsweise zu „Rostock-Lichtenhagen“ und der „Heidegger-Kontroverse“ oder mit dem Informations-Fenster „§175 und das unbewältigte Erbe der NS-Homosexuellenverfolgung“ ergänzt. Hinzu kommen kleinere Umgruppierungen und Neufassungen einiger Artikel. In der Regel sind die Autoren der einzelnen Einträge dabei dieselben geblieben, haben allerdings aktuelle Entwicklungen und vor allem neuere Fachliteratur aufgegriffen.

Durch die zeitliche Erweiterung lassen sich nun auch Schlagworte wie „NSU-Morde“ und geschichtswissenschaftliche Forschungen wie die 2010 veröffentlichte Studie „das Amt und die Vergangenheit“ zu personellen und ideologischen Kontinuitäten im Auswärtigen Amt oder „Historiker

im Nationalsozialismus“ nachschlagen. Bemerkenswerterweise ließe sich mit der Annäherung an die Gegenwart sogar die Erstausgabe des Lexikons der Vergangenheitsbewältigung historisieren. Dazu gehört die überwiegend positive und anerkennende Rezeption und Rezension seit 2007, die auch für diese erweiterte und überarbeitete Neuauflage weiter Gültigkeit besitzen.

Der überzeugende Aufbau des Nachschlagewerks bleibt bestehen: Neben einleitenden Vorworten (ein neues zur dritten Auflage) stellen die Herausgeber eine Bedienungsanleitung zur Verfügung, in der sie in aller Kürze die Anlage des Lexikons und dessen Intentionen erklären: Neben der Dokumentation von Einzelereignissen soll die Gesamtheit der Einträge auch wichtige Entwicklungen der siebzيجjährigen Nachgeschichte des Nationalsozialismus aufzeigen. So werde versucht, einen neuartigen, synthetisierenden Zugriff auf das disparate Feld der „Vergangenheitsbewältigung“ anzubieten auch wenn ein Lexikon per definitionem keinen Beitrag zur Forschung leisten könne.<sup>2</sup>

Die einzelnen Einträge verteilen sich auf sechs Zeitabschnitte, die wiederum in drei bis sechs thematische Kapitel gegliedert sind. Schon durch die Überschriften werden dabei allgemeine Entwicklungen innerhalb eines Zeitabschnitts auf einen Begriff gebracht, wie beispielsweise die Titel

„belastete Neuanfänge“ oder „künstlerische Entwürfe von Nachgeborenen“ zeigen. Innerhalb solcher Themenbündelungen sollen die einzelnen Einträge dann wieder exemplarisch für diese allgemeinen Entwicklungen stehen. Gemessen am Umfang sticht das jüngste Kapitel (1995–2008) leicht heraus, ansonsten sind alle sechs Zeitabschnitte auch inhaltlich ähnlich breit aufgestellt.

Als Autorinnen und Autoren treten überwiegend ausgewiesene Fachleute auf. So vielfältig deren wissenschaftliche Hintergründe auch sind, ihre Beiträge bilden die Mehrdimensionalität und Kontroversität der Themen ab. Umstrittene Begriffe werden als solche mit ihren inhaltlichen und zeitlichen Verschiebungen dargestellt, wie beispielsweise das in die Neuauflage aufgenommene Schlagwort der „Neuen Rechten“ zeigt. Alle Einträge sind allgemeinverständlich formuliert und spiegeln den aktuellen Stand der Forschung wider. Nicht zuletzt deswegen ist das „Lexikon der Vergangenheitsbewältigung“ sowohl für Fachwissenschaftlerinnen und Fachwissenschaftler als auch für das interessierte Laienpublikum geeignet.

Diese hilfreiche Gliederung strukturiert das kaum zu überblickende Feld der „Vergangenheitsbewältigung“, sodass bereits der Blick in das Inhaltsverzeichnis zeigt, wie dynamisch sich die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus im Lauf der letzten 70 Jahre entwickelt hat.

Äußerungen über die Vergangenheit verweisen immer auf die Gegenwart, in

1 Torben Fischer/Matthias Lorenz (Hrsg.), Lexikon der Vergangenheitsbewältigung, Bielefeld 2015, S. 9.

2 Torben Fischer/Matthias Lorenz (Hrsg.), Lexikon der Vergangenheitsbewältigung, Bielefeld 2015, S. 16.

der sie getätigt wurden – das machen der Aufbau des Lexikons und dessen einzelne Einträge deutlich. Dass bei aktuellen Auseinandersetzungen mit erinnerungspolitischen Dimensionen die Kenntnis ihrer begriffsgeschichtlichen oder ganz allgemein realhistorischen Entwicklungen erhellend ist, zeigt zum Beispiel der Blick auf den Eintrag zum NPD-Verbotsverfahren. Genau hier liegt eine der Stärken des Lexikons. Die verschiedenen Argumente und Versuche eines Parteiverbots werden allgemein verständlich und prägnant dargestellt.

Neben allen Vorzügen behalten allerdings auch die kleineren kritischen Anmerkungen der Rezensionen zur ersten Auflage ihre Gültigkeit: Die Zäsursetzungen entlang der Kapitel ergeben sich aus den einzelnen Beiträgen, hätten aber deutlicher begründet werden können. Auch die Verwendung des Begriffs „Vergangenheitsbewältigung“ mangels Alternativen wird kurz problematisiert, seine schnell verwirrenden und problematischen Konnotationen könnten deutlicher eingeordnet werden.\*

Ausblickend darf behauptet werden, dass die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus auch nach dem „Ende der Zeitzeugenschaft“ und fortschreitenden wissenschaftlichen Ausdifferenzierungen weiter anhalten wird. Auch deshalb darf man auf weitere Neuauflagen des Lexikons der Vergangenheitsbewältigung gespannt sein, die den zeitlichen Rahmen noch weiter in 21. Jahrhundert ziehen. Durch die vorangestellten Einführungen haben die Autoren darüber hinaus schon Felder benannt, für die vergleichbare Wörterbücher wünschenswert wären. Hier wäre vor allem die doppelte Vergangenheitsbewältigung beider deutscher Staaten zu nennen. Idealerweise würden dann besonders wechselseitige Verflechtungen in den Blick genommen werden, wie sie in einzelnen Beiträgen bereits angedeutet sind.<sup>3</sup> Auch

\* Vgl. Helmut König: Rezension zu: Fischer, Torben; Lorenz, Matthias N. (Hrsg.): Lexikon der „Vergangenheitsbewältigung“ in Deutschland. Debatten- und Diskursgeschichte des Nationalsozialismus nach 1945. Bielefeld 2007 / Eitz, Thorsten; Stötz, Georg (Hrsg.): Wörterbuch der „Vergangenheitsbewältigung“. Die NS-Vergangenheit im öffentlichen Sprachgebrauch. Hildesheim 2007, in: H-Soz-Kult, 20.10.2008, online unter: <http://www.hsoz-kult.de/publicationreview/id/rezbuecher-9921> (Stand: März 2016).

3 Vgl. Helmut König: Rezension zu: Fischer, Torben; Lorenz, Matthias N. (Hrsg.): Lexikon der „Vergangenheitsbewältigung“ in Deutsch-

die Öffnung hin zu Formen einer globalisierten, verflochtenen Erinnerungskultur an die NS-Zeit wäre spannend. Womöglich wird angesichts zunehmender Vernetzung für kommende Neuauflagen diese perspektivische Erweiterung unumgänglich sein. Das zeigen neueste Formen einer digitalisierten Erinnerungskultur sehr deutlich. Solche Entwicklungen finden abgesehen von einzelnen Verweisen in der Neuauflage des „Lexikons der Vergangenheitsbewältigung“ von 2015 erst in einem, dem Artikel „Erinnerungskultur und Neue Medien“, Berücksichtigung. Die Autorin dieses Beitrags sieht die Debatte um den Wandel der Erinnerung an den Holocaust in den Neuen Medien noch am Anfang und reiht mit virtuellen Rundgängen, Real-Time-Chroniken bei Twitter, Facebook-Profilen von Auschwitz-Opfern oder Youtube-Videos unterschiedliche bereits bestehende Formate auf.<sup>4</sup>

Angesichts der Fülle an erinnerungskulturellen Debatten und Ereignissen – wie sie das Lexikon der Vergangenheitsbewältigung darstellt – bleibt so ein Wörterbuch weiterhin ein ambitioniertes und genauso wünschenswertes Projekt. Von daher sollte dieses überaus gelungene Werk in keiner Fachbibliothek fehlen – sei es als Grundlage wissenschaftlicher Arbeit oder zum schnellen Nachschlagen. Und auch die Anschaffung der Neuauflage lohnt sich: Nicht nur wurden viele Artikel völlig überarbeitet, die entsprechenden Literaturhinweise aktualisiert, sondern wurde vor allem auch der zeitliche Horizont des Lexikons weiter an die Gegenwart gezogen.

*Philipp Erdmann ist Historiker. Er promoviert im Forschungsprojekt „Historische Aufarbeitung der Rolle der Stadtverwaltung in Münster im Nationalsozialismus“ an der Uni Münster.*

land. Debatten- und Diskursgeschichte des Nationalsozialismus nach 1945. Bielefeld 2007 / Eitz, Thorsten; Stötz, Georg (Hrsg.): Wörterbuch der „Vergangenheitsbewältigung“. Die NS-Vergangenheit im öffentlichen Sprachgebrauch. Hildesheim 2007, in: H-Soz-Kult, 20.10.2008, online unter: <http://www.hsoz-kult.de/publicationreview/id/rezbuecher-9921> (Stand: März 2016).

4 Ähnlich hat es schon Markus Nesselrodt in der Rezension zur Erstausgabe formuliert, in: Einsicht 05 – Bulletin des Fritz Bauer Instituts, Frühjahr 2011, S. 94-96, online unter: [http://www.fritz-bauer-institut.de/fileadmin/user\\_upload/uploadsFBI/einsicht/Einsicht-05.pdf](http://www.fritz-bauer-institut.de/fileadmin/user_upload/uploadsFBI/einsicht/Einsicht-05.pdf) (Stand: März 2016).



## Glossar für einen diskriminierungssensiblen Sprachgebrauch.

Sprache schafft Wirklichkeit. Sowohl die Wahrnehmung von Menschen als auch die gesellschaftliche Realität wird durch Sprache beeinflusst. Vor dem Hintergrund dieser Annahme publizierte IDA (Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserarbeit e.V.) in Zusammenarbeit mit den NdM (Neuen Deutschen Medienmachern) ein Glossar für einen diskriminierungssensiblen Sprachgebrauch. Das Glossar gliedert sich u.a. in die Kapitel „Migration“, „Kriminalität“, „Musliminnen und Muslime“, „Jüdinnen und Juden“ und „Flucht und Asyl“. Neben der Benennung von begrifflichen Fallstricken, bietet es konkrete Alternativen zu einem diskriminierenden Sprachgebrauch und zeigt diverse Umwegmöglichkeiten dafür auf. Die knapp 60-seitige Publikation eignet sich besonders für journalistisch, pädagogisch, wissenschaftlich und gesellschaftspolitisch Tätige.

Zakaria Rahmani

IDA e.V. (Hg.):

### Glossar der Neuen deutschen Medienmacher

Formulierungshilfen für einen diskriminierungssensiblen Sprachgebrauch in der Bildungsarbeit in der Migrationsgesellschaft. (3,00 Euro)

*Zakaria Rahmani ist Mitarbeiter des DISS.*

# „Recht auf Stadt reloaded“

Eine Rezension von Maren Wenzel

Wie beeinflussen und verändern Menschen, die nach Europa geflohen sind, die Räume, in denen sie ankommen? Die Studie *Mobile Commons, Migrant Digitalities and the Right to the City* wirft einen Blick auf soziale Bewegungen, die im Dreieck der Ankunftsstädte Athen, Nikosia und Istanbul entstanden sind. Die Studie verbindet anschaulich das geteilte Gemeinwissen zwischen den Migrant\*innen mit den Möglichkeiten der digitalen Medien und schließlich mit Lefebvres Konzept von *Recht auf Stadt*. Feldstudien, komparative Teile und theoretische Überlegungen wechseln sich ab und legen den Finger auf Potenziale, die laut der Studie die Forderung nach einem Recht auf Stadt, auch in Zeiten der Austeritätspolitik, erneuern und bestärken könnten.

Die Studie beginnt mit zwei radikalen und richtigen Absagen an die Konzepte der Staatsbürger\*innenschaft und der Integration. Staatsbürger\*innenschaft ohne Ausgrenzung ist nach den Autoren nicht möglich, denn wenn man alle einschließe und allen Rechte zuweise, werde sie irrelevant. Staatsbürger\*innenschaft für alle sei also ein unmöglicher Zustand. In anderen Worten: Nur in einer Gesellschaft ohne Grenzen wäre es möglich, dass alle die gleichen Rechte haben. Außerdem müsse die Integrationsfrage radikal rekonzeptualisiert werden. Denn Widerstand und Alternativen zu dominanten Logiken erforderten oft nunmal radikale Ablehnung. Dennoch lassen die Autoren die Debatten um Staatsbürger\*innenschaft und Integration hinter sich und nehmen die Sozialitäten, Subjektivitäten und Politiken in den Blick, die durch migrantische soziale Bewegungen produziert werden.

Im Fokus der Studie stehen deshalb auch die *Mobile Commons* (dt. Mobile Gemeingüter), womit die Autoren solidarisch geteiltes Wissen, Kooperation, gegenseitige Unterstützung und Fürsorge zwischen Migrant\*innen meinen. Diese können sowohl digital als auch in direkter mündlicher Weitergabe kommuniziert werden und umfassen etwa Tipps für Fluchtrouten oder das Erklären von Strukturen in den *arrival cities*



## **Mobile Commons, Migrant Digitalities and the Right to the City**

von Nicos Trimikliniotis, Dimitris Parsanoglou und Vassilis S. Tsianos, erschienen in der Reihe „Mobility & Politics“, Herausgeber\*innen der Reihe: Martin Geiger, Parvati Raghuram und William Walters, Verlag: Palgrave Macmillan, New York 2015, 134 Seiten, ab 58,95 Euro.

(dt. Ankunftsstädten). Anhand von Beobachtungen vor Ort beschreiben die Autoren diese sozialen Gemeingüter anschaulich: Migrant\*innen an Bushaltestellen in Nikosia täuschen die Polizei im Falle einer Razzia, indem diejenigen Migrant\*innen mit gültigen Papieren zuerst wegrennen und die Aufmerksamkeit auf sich ziehen, damit die Menschen ohne gültige Papiere sich unauffällig entfernen können. An anderer Stelle wird beschrieben, wie Straßenhändler\*innen und Musiker\*innen in Athen kooperativ innerhalb von Sekunden eine eingespielte Inszenierung darbieten: Sobald die Polizei die Straße kontrolliert, versammeln sich Händler\*innen und Kund\*innen um die Musikmachenden und geben so vor, lediglich an einer spontanen Party zu Straßenmusik teilzunehmen. Sobald die Ordnungskräfte abgezogen sind, geht der Handel weiter.

Ein weiterer Schwerpunkt sind *Migrant Digitalities*, (dt. Migrantische Digitalitäten), also Wissensaustausch und Vernetzung über digitale Medien. Die Autoren sehen Digitalität als neue Form des Wissensaustausches und damit als treibende Kraft zur Organisation an. Dennoch würden die neuen Plattformen bis jetzt noch nicht gleichermaßen effektiv genutzt: Die direkte zwischenmenschliche Interaktion habe im Austausch zwischen den Migrant\*innen immer noch eine größere Wirkung.

Wirklich spannend zu lesen ist vor allem die Verbindung zwischen der von Forscher\*innen beobachteten und beschriebenen Lebensrealität von Migrant\*innen in den drei untersuchten Städten mit Lefebvres Konzept vom Recht auf Stadt. Trimikliniotis, Parsanoglou und Tsianos stellen dar, wie sich Migrant\*innen bereits im alltäglichen Leben öffentlichen Raum über Treffpunkte in Parks oder sichere Rückzugsräume in Stadtteilen und Kneipen zeitweise aneignen und dadurch auch gleichzeitig Akteur\*innen gegen Phänomene wie Gentrifizierung werden. Mit einem Blick auf die Bewegung „Occupy Buffer Zone“, die als Teil der weltweiten Occupy-Bewegung die UN-Pufferzone zwischen den beiden Teilen Zyperns Hauptstadt Nikosia besetzte, wird auch Aktivismus gegen Grenzregime behandelt.

Insgesamt schafft es die Studie eindrucksvoll, lokale ethnografische Beobachtungen durch den Vergleich mit anderen Regionen in einen größeren Kontext zu stellen und somit eine Zustandsbeschreibung von *migrantischen sozialen Bewegungen* abzuliefern. Ausgehend davon werden Potenziale für eine neue Recht-auf-Stadt-Bewegung beschrieben. Vielleicht etwas vorschnell schätzen die Autoren solche Bewegungen als grundsätzlich nur kurzlebig ein. Am Ende des Buches wagen sie dennoch einen Blick in die Glaskugel: Sie fragen sich, wo diese Bewegungen hinführen werden. Interessanter wäre aber die Frage gewesen, wie man die vorhandenen Bewegungen in Zukunft konkret unterstützen könnte, um gemeinsam an einer sozialeren und selbstorganisierteren Gesellschaft zu arbeiten.